

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Staatsverbrechen Abschiebung



Oben:
Familie
Düzenli
Mitte:
Familie
Kurt
Unten:
Familie
Boskurt
S. 13



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2
„Hartes Durchgreifen“ gegen
Jugendkriminalität 3
Siemens Geburtshelfer für
türkische Atombombe 4
PDS: Atomkraft nicht
kontrollierbar 5
Festung Europa wird
noch skrupelloser 7

Auslandsberichterstattung

Kurdistan: Neuerliche Bemühungen
für eine politische Lösung 8
Kosovo, das Pulverfaß auf dem
Balkan 9
Meldungen 11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand 12
Mannheim: Abschiebung – Polizei
dringt in Kirchenräume ein 13
Karlsruhe: Wer braucht die
neue Messe? 14
Stuttgart: Kindergartenbetreuung
– und zwar gebührenfrei 15
Rechtsextremisten bald im
Schweriner Landtag? 16
O-Ton 16
Kommunale Politik 17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? 18
PDS-Antrag Arbeitszeitgesetz 18
Spitzengespräche IG Metall
mit Gesamtmetall 18
Streit um Dienstleistungsgewerkschaft 20

Diskussion und Dokumentation

In und bei der PDS 22
Abschiebung wegen Straftat
ist Ausbürgerung 22

Letzte Seiten

Texte von zu lebenslanger Haft
Verurteilten 23

Termine 24

Beilagenhinweis: Diese Ausgabe ent-
hält den „Arge-Rundbrief“

**AKTUELL IN BONN BEHINDERTENPRO-
TEST:** Mit einer bundesweiten Unter-
schriftensammlung hat die Behin-
dertenorganisation „Lebenshilfe“
gegen das skandalöse Urteil des Köl-
ner Oberlandesgerichts protestiert.
Das OLG hatte geurteilt, das Lachen
und Schreien von Behinderten in einem
Heim in Düren würde von Anwohnern zu
Recht als „störend“ empfunden und müs-
se eingeschränkt werden. 238.000 Unter-
schriften gegen dieses diskriminierende
Urteil übergab die Behindertenorganisa-
tion am 16. Juli in Bonn an Frau Süßmuth.
Das Urteil des Kölner OLG, gegen das
nach einer Entscheidung des Bundesver-
fassungsgerichts keine Revisionsmög-
lichkeit mehr besteht, habe die Integra-
tion von behinderten Menschen „erheb-
lich zurückgeworfen“, mußte die Bun-
destagspräsidentin erklären. Die Behin-
dertenorganisationen verlangen, daß
nach der Aufrechterhaltung des Kölner
Urteils durch das Bundesverfassungsge-
richt gesetzlich gegen die Diskriminie-
rung von Behinderten vorgegangen wird.

ZWANGSARBEITER-ENTSCHÄDIGUNG:
Nach jahrelangen Protesten wächst nun
der Druck, daß deutsche Konzerne und
Regierungen die wenigen noch überle-
benden früheren Zwangsarbeiter der
NS-Zeit irgendwie entschädigen. Am 7.
Juli teilte der VW-Konzern mit, er werde
bis Mitte September einen privaten
Hilfsfond bilden, aus dem die Ansprüche
von noch lebenden früheren Zwangsar-
beitern befriedigt werden sollen. An sei-
ner abstrusen „Rechtsauffassung“, der
VW-Konzern sei nicht der Rechtsnach-
folger der in der NS-Zeit gegründeten
„Volkswagen GmbH“, die tausende von
Zwangsarbeitern grausam ausgebeutet
hatte, hält der Konzern aber fest. Kurz
nach der VW-Entscheidung wurde be-
kannt, daß 100 überlebende dänische
Zwangsarbeiter Klagen gegen Hochtief
(Essen) und Varta (Hannover) eingereicht
haben. In Hannover lobte am 16. Juli auch
SPD-Kanzlerkandidat Schröder die VW-
Entscheidung und forderte andere Un-
ternehmen auf, sie sollten „dem Beispiel
von VW folgen“. SPD und Grüne stimm-
ten für einen Antrag, der eine Bundes-
stiftung zur Entschädigung von ehema-
ligen Zwangsarbeitern vorsieht. Ihre
Entschließungsanträge liegen nun im Äl-
testenrat des niedersächsischen Land-
tags.

KINDER- UND JUGENDARMUT: Obwohl
sie verpflichtet ist, in jeder Legislaturpe-
riode einen Bericht über die Situation der
Jugend vorzulegen, hat Bundesfamilien-
ministerin Nolte versucht, einen ihr seit
Februar vorliegenden, kritisch ausfallen-
den Kinder- und Jugendbericht nicht zu
veröffentlichen. Der Bericht, so die Op-
positionsparteien, dokumentiere u.a.,
daß 12 Prozent der Kinder und Jugendli-
chen im Westen in Armut leben, im Osten
sogar 22 Prozent. Auch kommt die Ex-
pertenkommission, die den Bericht aus-

gearbeitet hat, zu dem nicht sensationel-
len, aber CDU und CSU störenden Er-
gebnis, daß die BRD aufgrund des mil-
lionenfachen Zuzugs längst zu einer
„multikulturellen Einwanderungsges-
ellschaft“ geworden sei. Erforderlich sei
nun „ein sicherer Rechtsstatus der Ein-
wandererfamilien“ – das Gegenteil des-
sen, was CDU und CSU propagieren. Mi-
nisterin Nolte hat zugesagt, sie werde den
Bericht nun doch im September vorlegen.

RENTENPROPAGANDA: Nur propagandi-
stisch zu werten sind die Ankündigungen
der Bundesregierung, evtl. könne der Bei-
trag zur Rentenversicherung 1999 um 0,1
auf 20,2 Prozent gesenkt werden. Die er-
hebliche Verunsicherung von älteren
Leuten über die Sicherheit ihrer Renten
und die zunehmende Ansicht, daß Leute
so um die 40 und älter vermutlich von
ihren Beiträgen in die gesetzliche Ren-
tenversicherung nichts mehr wiederse-
hen werden, beeinträchtigt erkennbar
die Aussichten der Wahlaussichten der
Union. Also bemüht sich Blüm um posi-
tive Signale – die Möglichkeit einer Bei-
tragssenkung soll solch ein Signal wer-
den. Ob's ankommt, ist aber fraglich.
Denn zeitgleich mußte die Regierung ein-
räumen, daß die gesetzliche Rentenver-
sicherung auch Ende 1998 nicht die vorge-
schriebene Mindestrücklage haben wird.
Statt der vorgeschriebenen 26 Mrd. DM
erwartet die BfA nur knapp 21 Mrd. DM.
Wie da eine Senkung des Rentenbeitrags
finanzierbar sein soll, ohne daß gleich-
zeitig die Beitragszahlung aus anderen
Gründen erheblich ansteigt (z.B. durch
Abbau der Arbeitslosigkeit, Ausweitung
der Beitragspflicht, Anhebung der Versi-
cherungspflichtgrenze u.ä.), ist ein Rät-
sel, daß auch Blüm nicht lösen kann.

AUTOBAHN GEBÜHREN: Wie lang ist es
her, daß sich Union, FDP und SPD über
die 5-DM-je-Liter-Benzin-Forderung
der Grünen nicht genug einkriegen konn-
ten? Jetzt kündigt die Bahn breitflächige
Kürzungen im Zugnetz an plus neue Prei-
serhöhungen, was prompt berechnete
Proteste auslöst. Zeitgleich mehren sich
die Ankündigungen von Autobahnge-
bühren. Nach Rheinland-Pfalz, Mecklen-
burg-Vorpommern und Schleswig-Hol-
stein will auch CDU-Verkehrsminister
Schaufler in Bad.-Württ. Mautgebühren.
Während die FDP tönt, damit käme der
Minister nicht durch, unterstützt Bun-
desverkehrsminister Wissmann seinen
Parteifreund: „In Anbetracht der ange-
spannten Lage der öffentlichen Haushalte
müsse privates Kapital zur Finanzie-
rung neuer Projekte herangezogen wer-
den“, so ein Sprecher des Ministers.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Bundestag
und Bundesrat sind in „Sommerpause“.
Vom 1. bis 4. September berät der Bun-
destag über Waigels Haushalt für 1999,
nächste Bundesratssitzung ist am 25.
September, zwei Tage vor der Bundes-
tagwahl.



Unter der Überschrift „Wir brechen ihren Willen“ bringt Springer HAMBURGER ABENDBLATT (10.7.) in die Diskussion: „Wie Amerika jugendliche Straftäter umerzieht“. Ohne jede Distanz schwärmt es von der „Chance, in einem solchen Camp umerzogen zu werden“.

Eine Tat wird instrumentalisiert

„Hartes Durchgreifen“ gegen Jugendkriminalität

Zwei Jugendliche, Christian und Patrick, beide 16 Jahre jung, erstachen Ende Juni in Hamburg einen alten Mann in seinem Lebensmittelladen, raubten die Ladenkasse und sein Portemonnaie. Eine furchtbare, beunruhigende Tat, die auf einen Schlag das Leben eines Menschen beendete und zwei jungen Menschen das Leben zerstörte, ohne daß sie wahrscheinlich je die Chance hatten, es zu leben. Die Tat der beiden jungen Menschen ist für viele unfaßbar. Doch das eigentlich Unfaßbare geschieht danach, und seine Akteure sind nicht von ihren sozialen Verhältnissen bedrängte Jugendliche, sondern Erwachsene, die in vollem Umfang wissen, was sie tun.

Die von den großen Medienkonzernen, insbesondere der Springer-Presse gelenkte öffentliche Meinung instrumentalisiert die Tat für eine gewaltige Kampagne und instrumentalisiert dabei beide Opfer und Täter. Sie mißbraucht den Toten als Symbol für eine die Gesellschaft angeblich in ihren Grundfesten erschütternde Jugendgewalt („Der neue Mordfall ist ... beispielhaft für die Lage“, so die *Welt* am 7.7.), die beiden Jugendlichen als „Beweis“ für die „Schande der Justiz“ (*Bild*-Aufmacher). Man gewinnt den Eindruck, daß weit über Hamburg hinaus die Tat für die Strategen der „Inneren Sicherheit“ von Kanther/Beckstein über Schröder/Schily bis zu Schmidt-Jortzig/Westerwelle etc. der fast schon ersehnte Anlaß ist, Jugendhilfe und Jugendstrafrecht zum Gegenstand des Bundestagswahlkampfes zu machen und alle in den letzten drei Jahrzehnten hier erreichten Fortschritte hinwegzufegen. Gegenpositionen gibt es, aber sie sind selten und geraten unter starken Druck, ebenso wie jene Jugendrichter, die sich dem seit Jahren lauter werdenden Ruf nach „hartem Durchgreifen“ bisher verweigerten.

Beide Jugendliche, die, soweit bisher bekannt wurde, seit ihrer Kindheit von Institution zu Institution weitergereicht

wurden, sind mehrfach durch Straftaten und Gewalt auffällig geworden. Sie lebten zuletzt nach einem Aufenthalt im Jugendgefängnis Hahnöfersand in der betreuten Jugend-Einrichtung Pulverhof, in der mehrfach straffällig gewordene Jugendliche untergebracht waren, um eine Untersuchungshaft zu vermeiden und die inzwischen geschlossen wurde. Diese Tatsache (*Bild*: „Wer kriminell ist, darf zur Belohnung schöner wohnen“) wurde zum Ausgangspunkt der Kampagne für die Wiedereinführung geschlossener Heime, ganz nach dem Motto: Wer weggesperrt ist, vor dem ist die Gesellschaft geschützt. Bayern – eines der vier Bundesländer, in denen geschlossene Heime existieren – hat eine Bundesratsinitiative gestartet, um die geschlossene Unterbringung von Kindern, die Straftaten begehen oder bei denen eine Rauschgiftsucht erkennbar ist, zu erleichtern. Kanther bringt das auf die einfache Lösung: Jugendliche, die nicht mehr resozialisierbar seien, dürften „nicht auf die Menschheit losgelassen werden“. Heribert Prantl kommentierte in der *Süd-*

DAS ERSTE JUGENDGERICHTSGESETZ datiert aus dem Jahre 1923. Damals wurde die Strafmündigkeitsgrenze von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt. 1943 wurde die Strafmündigkeit erneut auf 12 Jahre gesenkt, „wenn der Schutz des Volkes wegen der Schwere der Verfehlung eine strafrechtliche Ahndung fordert“. Auch war das allgemeine Strafrecht, damit in vielen Fällen auch die Todesstrafe, auf Jugendliche anzuwenden, wenn diese in ihrer Entwicklung über 18 Jahre alten Tätern gleichgestellt wurden und „wenn das gesunde Volksempfinden es wegen der besonders verwerflichen Gesinnung des Täters und wegen der Schwere der Tat fordert“. Erst 1953 wurden diese Bestimmungen wieder rückgängig gemacht.

deutschen Zeitung (4.7.) zutreffend: „Es besteht der Verdacht, daß die neuen geschlossenen Heime eine Art Kindergefängnis oder Sicherungsverwahranstalt darstellen sollen.“ Aber auch kritische Stimmen, wie Prantl oder Grüne, die solche Kindergefängnisse ablehnen, akzeptieren geschlossene Heime als „letztes Mittel“. Letztes Mittel? Gewiß ist, daß die Kosten für solche Anstalten durch Umschichtung der Finanzmittel, vor allem durch entsprechende Kürzungen bei der Jugendhilfe, bei der in den letzten Jahren ohnehin drastisch gekürzt wurde, aufgebracht werden. Allein schon deshalb ist zu befürchten, daß sie, wird dieser Weg eingeschlagen, alternative Lösungen schlicht und einfach ersetzen.

Zudem ist die Forderung nach geschlossenen Heimen nur der Aufhänger, den totalen Richtungswechsel einzufordern: Mit der „Milde“ gegenüber der Jugendkriminalität müsse Schluß sein, der das Jugendstrafrecht leitende Erziehungs- und Resozialisierungsgedanke dürfe nicht mehr unterschiedslos auf alle angewendet werden. Die Strafmündigkeitsgrenze von heute 14 Jahren müsse auf 12 Jahre gesenkt werden, die Höchststrafe für Jugendliche (bisher 10 Jahre) auf 15 Jahre erhöht werden ...

Demagogisch wirft die *Welt* (7.7.) die Frage auf: „Es geht darum, ob die heutige Ohnmacht vor der Jugend- und Kinderkriminalität zum Dauerzustand werden soll.“ Die *Welt am Sonntag* (5.7.) läßt einen Oberstaatsanwalt zu Wort kommen, der sich mit einer „Analyse“ unter dem Titel „Kriminalität in Deutschland – ein Plädoyer für die Abschreckung“ hervorgetan hat: „Aus welchem Grund lassen wir Erwachsenen es eigentlich zu, daß ein ungezügelter Teil unseres Nachwuchses sich untereinander bis aufs Messer bekriegt oder sich gar an unseren älteren Mitbürgern vergreift? Wieso ist niemand da, der gegenüber den Kids Klarheit redet und ihnen bei kriminellen Re-

→ gelverstößen konsequent ihre Grenzen aufzeigt. Die Justiz jedenfalls hat sich – auf dem Holzweg vermeintlich gutgemeinter pädagogischer Überlegungen befindlich – aus der Verantwortung gestohlen ...“

Zweierlei geschieht hier. Der Beunruhigung, die spektakuläre Gewalttaten zweifellos hervorrufen, wird mit dem ebenso fatalen wie falschen Versprechen begegnet, daß alles besser werde, wenn nur der „ungezügelter Teil unseres Nachwuchses“ ordentlich rangenommen, hart bestraft, weggesperrt würde. Kein Wort wurde in der Hamburger Presse und von den Politikern nahezu aller Couleur in den letzten 14 Tagen so strapaziert wie das von den „Grenzen“, die jugendlichen „Kriminellen“ aufgezeigt werden müßten. Aber das Problem liegt gerade darin, daß die allermeisten der straffällig werdenden Jugendlichen ihr ganzes Leben immer nur „Grenzen“ erfahren haben. Warum zum Beispiel hat der eine der beiden, Christian, nie lesen und schreiben gelernt, wie berichtet wird? Wie viele Kinder lernen nicht richtig lesen und schreiben, weil sie im „falschen“ Viertel, der „falschen“ Umgebung leben, die deshalb der Blick des Lehrers schon als „Problemfälle“ einstuft, bevor sie auch nur A sagen können? Wie sollten sie, von Kindesbeinen an mit ihren „Grenzen“ und immer nur mit ihren „Grenzen“ konfrontiert, im Sinne des Wortes ausgegrenzt, nie in ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten unterstützt, nicht zu „Problemfällen“ werden?

Die vom Zaun gebrochene, gewaltherrschende Kampagne für geschlossene Heime und verschärfte Strafen lenkt den Blick von den gesellschaftlichen Ursachen von Jugendgewalt ab, spricht die Gesellschaft, ihre Ausgrenzungsmechanismen, ihre strukturelle Gewalt, von der Verantwortung für die Gewalt frei.

Aber dabei bleibt es nicht. In der rechten Demagogie wird das Problem der Gewalt in der Gesellschaft zum Jugendproblem umdefiniert und die Jugend, oder doch jedenfalls relevante Teile „unseres Nachwuchses“, zum Bedrohungsfaktor stilisiert, dem die Gesellschaft ausgesetzt ist und dem sie – zu lange schon – „ohnmächtig“ gegenüberstehe. Diese Sorte „Kriminalitätsangst“ hat einen wahren Kern: Wachsenden Teilen der jungen Generation nämlich hat diese reiche bürgerliche Gesellschaft keine Zukunftsperspektive zu bieten. 15% der Jugendlichen bleiben ohne Ausbildung, oft ohne Arbeit. Der von rechts bis ganz rechts dominierte Meinungskampf, den wir erleben, geht um gesellschaftliche Zielvorstellungen, darum, den Konsens, den es lange gab, daß jeder irgendwie die Möglichkeit haben muß, in der Gesellschaft zurechtzukommen, zu zerstören. Die Kampagne gegen die Jugendkriminalität ist die Drohung, daß die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Ausgegrenzten und Armen verteidigt wird, koste es, was es wolle. (Christiane Schneider)

Geplantes Siemens-Atomkraftwerk in der Türkei

Wird Siemens Geburtshelfer für eine türkische Atombombe?

Der Münchener Elektromulti Siemens hat sich in der Türkei um die Errichtung eines Atomkraftwerks beworben. Der Standort für das geplante Kraftwerk liegt in der Nähe der Stadt Silifke an der Mittelmeerküste, 300 km östlich von Antalya. Angeboten wird ein Reaktor der von Siemens entwickelten „Konvoi-Klasse“ mit einer Leistung von 1480 MW.

Das Atomkraftwerk soll ausgerechnet in einer erdbebengefährdeten Region errichtet werden. Eine Untersuchung aus den Jahren 1987–1990 kommt zu dem Ergebnis, daß der Standort für das geplante Atomkraftwerk nur 20–25 km von einer aktiven Erdbebenlinie entfernt liegt. 1995 und 1997 gab es in der Region Erdbeben mit einer Stärke von jeweils etwa 5 auf der Richterskala. Eine Siemens-Tochter bestätigte in einer türkischen Zeitung die Erdbebengefahr.

Widerstand in der Türkei

Die 3, 5 Millionen Einwohner und nahezu alle Bürgermeister der Region um die Stadt Silifke sind strikt gegen das geplante Atomprojekt. Sie kündigen ihren entschiedenen Widerstand an. Rücken- und Unterstützung bekommt die Anti-Atom-Bewegung bemerkenswerterweise von der türkischen Elektroingenieur-Kammer, die die Atomenergienutzung ablehnt. Die Anti-Atom-Bewegung der Türkei droht mit einem Boykott von Siemens-Produkten in der Türkei, falls Siemens den Auftrag für den Kraftwerksbau erhält.

Militärische Nutzung möglich

Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) weisen darauf hin, daß das Atomkraftwerk neben der Stromproduktion auch militärisch für ein türkisches Atomwaffenprogramm genutzt werden könnte. So erklärte der türkische General Öznal in einem Interview am 17. Mai mit dem türkischen Nachrichtensender n-tv, daß die Türkei vor dem Hintergrund einer Atomwaffen-Bedrohung durch Israel, Indien, Pakistan und Iran jetzt „seine eigene nukleare Politik entwickeln“ müsse. Siemens läuft mit der Lieferung eines Atomkraftwerks also Gefahr, zum Geburtshelfer für eine türkische Atombombe zu werden. Bereits in der Vergangenheit standen Atomexporte der Siemens AG in Zusammenhang mit Interessen an der Atombombe. So vereinbarte Siemens in den 70er Jahren mit der damaligen brasilianischen Militärregierung ein Atomgeschäft, das in Zusammenhang mit der Entwicklung von Atomwaffen stand. Auch nach Indien und Pakistan lieferte Siemens Presseberichten zufolge „hochsensibles Nuklear-Zubehör“ und „jede

Menge Know-how“ für Atomanlagen. Offensichtlich war Siemens am atomaren Rüstungswettlauf im Fernen Osten, der nun im Mai zur Zündung von Atombomben in Indien und Pakistan führte, alles andere als unbeteiligt.

Energiealternativen nutzen

Die Türkei im Sonnengürtel Europas ist keineswegs auf Atomstrom angewiesen. Vielmehr sollte das Land die Solarenergie ausbauen und andere Formen der regenerativen Energiegewinnung nutzen: Wind, Wasser & Biomasse. Ein regenerativer Strommix löst die Energieprobleme und verhindert den Bau von Atomwaffen. Erinnern Sie sich noch an den Frühsommer 1986, als die radioaktive Wolke aus

Ich fordere die Siemens AG mit meiner Unterschrift auf, die Bewerbung für die Errichtung eines Atomkraftwerks in der Türkei zurückzuziehen und alle Atomgeschäfte einzustellen. Um meiner Forderung Nachdruck zu verleihen, werde ich künftig keine Siemens-Produkte mehr kaufen und auch Freunde & Bekannte zum Siemens-Boykott auffordern. Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden. KEIN ELEKTROGERÄT VON SIEMENS! BIS SIEMENS AUS DEM ATOMGESCHÄFT AUSSTEIGT!

Tschernobyl über Deutschland hinwegzog und Milch und Gemüse verseuchte? Eine derartige Katastrophe ist auch in Deutschland jederzeit möglich. In den 19 laufenden, allesamt von Siemens errichteten Atomkraftwerken versprödet mit zunehmendem Alter der Stahl durch die permanente Neutronenstrahlung. Wie die Radreifen an einem ICE irgendwann einmal bersten, können auch in Atomkraftwerken die Stähle in Tausenden von Komponenten unter den extrem hohen Temperaturen und Drücken jederzeit bersten und zur Katastrophe führen.

Es kommt regelmäßig zu Störfällen. Beispielsweise passiert es in deutschen Atommeilern immer wieder, daß strahlende Brennelemente aus mehreren Metern Höhe auf den Boden stürzen. 1994 führte ein Siemens-Reaktor Biblis-A ein Kurzschluß zu einem Brand im Bereich der immens wichtigen Reaktorkühlpumpen, der nur mit erheblicher Mühe gelöscht werden konnte.

Jeden Tag wird in den Atommeilern neuer Atommüll produziert, der dann in strahlenden Castor-Behältern hilflos kreuz und quer durch Mitteleuropa verschoben wird, ohne über ein Endlager zu verfügen. Der jüngste Atomskandal zeigt: die Atomindustrie schlampft und vertuscht! Die Schlampereien von Siemens werden inzwischen weltweit zum

Atomkraft – nicht kontrollierbar

Sicherheitsproblem: In den USA verwendet Siemens seit Jahren schadhafte Atomtransportbehälter, die nicht den Anforderungen der vergebenen Lizenz entsprechen, erklärte kürzlich die US-Nuklearbehörde.

Siemens ist inzwischen das einzige deutsche Unternehmen, das die Atomenergie technisch wie politisch weiter vorantreibt. Siemens hat vom Atommüll noch nicht genug. Der Atomkonzern plant und baut neue Atomkraftwerke:

- **DEUTSCHLAND:** Gemeinsam mit der Firma Framatome entwickelt Siemens den Europäischen Druckwasserreaktor, der einmal die laufenden Siemens-Reaktoren ersetzen soll. Im vergangenen Jahr wurde dazu eigens das Atomgesetz geändert, um den neuen Siemens-Reaktor politisch durchsetzen zu können. Im Garching bei München baut Siemens den Forschungsreaktor FRM II, der mit waffenfähigem Uran betrieben werden soll.

- **SLOWAKEI:** In Mochovce war Siemens in den vergangenen Jahren an der Fertigstellung eines Atommeilers beteiligt, der nun mit katastrophalen Sicherheitsmängeln ans Netz geht. Ein noch gefährlicheres Atomkraftwerk hält Siemens in Bohunice mit Nachrüstungsmaßnahmen am Laufen.

- **RUSSLAND & UKRAINE:** Nach dem „Modell Mochovce“ möchte Siemens weitere begonnene Atomkraftwerke fertigstellen: so im russischen Kalinin und an den ukrainischen Standorten Rowno und Kmelnitzki. Am Standort Sosnovy Bor in der Nähe der Metropole St. Petersburg ist Siemens an der Errichtung eines Prototyp-Atomkraftwerks vom deutsch-russischen Typ WWER-640 beteiligt.

- **WELTWEIT:** Durch unzählige Nachrüstungsmaßnahmen und mit der Lieferung von Brennelementen ist Siemens inzwischen in Deutschland und auch weltweit einer der wichtigsten Atomkonzerne, die die Atommüllproduktion in Atomkraftwerken am Laufen halten. Mit der britischen Skandal-Firma BNFL verhandelt Siemens seit Monaten über die Bildung eines gemeinsamen Atomkonzerns, um noch stärker als bislang den Welt-Nuklearmarkt zu durchdringen.

Helfen Sie mit, Siemens zur Aufgabe des Atomgeschäfts zu bewegen!

Über 130 Organisationen aus Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung, Ärzteverbände wie die IPPNW, kirchliche und politische Gruppen haben sich im Koordinationskreis Siemens-Boykott zusammengeschlossen, um dieses Ziel zu erreichen.

Prominente Persönlichkeiten wie Dieter Hildebrandt, Hanns Dieter Hüsch und der „Lindenstraße“-Regisseur Hans W. Geißendörfer unterstützen die Kampagne.

Erklären auch Sie, daß Sie kein Elektrogerät von Siemens mehr kaufen, bis der Konzern alle Atomgeschäfte aufgibt.

Weitere Infos gibt es bei dem Koordinationskreis Siemens-Boykott, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin Tel. 030 / 2 04 47 84, Fax -85, E-Mail: Siemens-Boykott@t-online.de

Von Rolf Köhne (MdB)

In der Vergangenheit haben schon zahlreichen Unfälle und Pannen das Bild von der „sauberen Nutzung der Atomkraft“ in Frage gestellt. Eine saubere Nutzung der Atomkraft kann und wird es wohl niemals geben. Das Risiko eines schweren Kernschmelzunfall ist immer präsent und die Entsorgung nach wie vor völlig ungelöst. Die jüngst bekannt gewordenen radioaktiven Kontaminationen an Transportbehältern machen deutlich, daß es auch keine zureichende Kontrolle gibt. Dies wirft natürlich auch Fragen nach der Zukunft der Energiewirtschaft allgemein und der Atomkraftnutzung im besonderen auf.

Seit Jahren kontaminierte Transporte

Nachforschungen in Frankreich brachten es an den Tag. Seit Jahren treffen mit radioaktiven Partikeln behaftete Transportbehälter aus deutschen Atomkraftwerken bei der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague ein. Bei den Kontrollen am Endbahnhof Valonges wurden 1997 bei 20% der eingetroffenen Transporte Kontaminationen an den Transportbehältern und vor allem in der Bodenwanne des Spezialwaggons im Meßprotokoll festgehalten. Dabei wurden Grenzwerte um das 3000-fache überschritten und gefährliche alpha-Strahler entdeckt. Angesichts dieser Tatsachen ist es ein haarsträubender Verdrummungsversuch von Umweltministerin Merkel, wenn sie darin keine gesundheitlichen Gefahren entdecken will. Schließlich existieren die einzuhaltenden Grenzwerte nicht ohne Grund. Die radioaktiven Partikel können sich durch Wind und Witterung ablösen, durch Einatmen oder Nahrungsaufnahme in das Innere von Menschen, Tieren und Pflanzen gelangen und dort krebserregend wirken. Das dies nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis passieren kann, beweisen wiederum Messungen an innerfranzösischen Transporten, bei denen auch außen am Wagon Kontaminationen erfasst wurden.

Die genauen Ursachen bedürfen noch der näheren Klärung. Bei den Ausgangskontrollen in den deutschen Atomkraftwerken wurden, soweit man den Meßprotokollen glauben schenken kann, keine Kontaminationen festgestellt, sondern lediglich bei der Eingangskontrolle in Frankreich. Dies könnte es auf unzureichende Meßmethoden zurückzuführen sein. Es gibt aber auch die These, daß diese Kontaminationen erst im Verlaufe des Transportes quasi „ausgeschwitzt“ werden. Die Transportbehälter müssen unter Wasser beladen werden, um die ständige Kühlung der abgebrannten Brennelemente, die immer noch eine Wärmeleistung von

40kW abgeben, zu gewährleisten. Das Kühlwasser ist natürlich kontaminiert und es setzt sich in Fugen, Bohrlöchern, Rissen und Ritzen fest. Bei der anschließenden Dekontamination wird offensichtlich nicht alles erfasst und im Verlaufe des Transportes tritt das Kühlwasser aus, verdunstet und hinterlässt die kontaminierten Partikel. Ob diese stimmt, muß allerdings noch genauestens geprüft werden. Nicht auszuschließen ist, daß die Kontaminationen zumind. teilweise auch von undichten Deckeldichtungen herrühren.

Aufsichtsbehörden und Atomindustrie waren informiert

Der eigentliche Skandal ist: das obige Problem der radioaktiven Kontaminationen von Transportbehältern ist seit den frühen 80er Jahren zumindest theoretisch bekannt und wurde der Bundesregierung, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) seitens der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) zur Kenntnis gebracht. Auch wenn Umweltministerin Merkel das Gegenteil behauptet, Fakt ist: Wilhelm Collin, Abteilungsleiter des BfS und dort zuständig für die Genehmigung von Atomtransporten, ist zugleich der Vorsitzende der IAEA-Expertenkommission Transsac, die sich mit diesem Problem befasst hat. Trotz des Wissens um die Probleme wurde nichts unternommen, nicht einmal Vorschriften zur Meldung von Grenzwertüberschreitungen wurden erlassen. Jetzt rächt sich die Umweltpolitik der amtierenden Bundesregierung, die sich durch das Setzen auf Selbstverpflichtungserklärungen der Industrie, Deregulierung der Umweltnormen und den Abbau der Kontrollen durch eigene Umweltverwaltungen selbst blind gemacht hat.

Außerdem wurden sowohl die deutschen AKWs wie auch die Transportfirma NTL über die Meßergebnisse in Frankreich informiert. Ferner wurden auch in deutschen Atomkraftwerken regelmäßig erhöhte radioaktive Kontaminationen an rückkehrenden Transportbehältern und Waggons gemessen. Diese Fakten waren sowohl den Kraftwerksleitern, einigen Gutachtern des TÜV und zumind. teilweise den atomrechtlichen Aufsichtsbehörden der betroffenen Bundesländer bekannt. Im Dunkeln ist allerdings, wer genau Kenntnis hatte und was er mit dieser Kenntnis hätte tun müssen. Hier wird viel Schwarzer Peter gespielt. Merkel beschuldigt die Atomindustrie und die Landesbehörden, erstere sieht keine gesetzliche Meldepflicht und letztere geben den Schwarzen Peter wieder an den Bund zurück.

Fakt aber bleibt: die Betreiber von

Atomkraftwerken waren bestens informiert und sie haben es bewußt verschwiegen. Außerdem haben sie über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren keine erhellende Forschung über Ursachen und Wirkungszusammenhänge betrieben. Besonders skandalös ist, daß im Falle des Atomkraftwerks Grohnde Meßprotokolle über nichthaftende radioaktive Partikel gefälscht wurden. In Grohnde wurden Kontaminationen an Behälter und Transportmittel festgestellt und entfernt. Ins Meßprotokoll gelangte jedoch nur das Ergebnis der nachträglichen Dekontamination – und nicht etwa überhöhte Werte, die während des Transportes aufgetreten sind. Seitens der Aufsichtsbehörden muß deshalb ernsthaft geprüft werden, ob die nach Atomgesetz erforderliche Zuverlässigkeit von Kraftwerksbetreibern und Transport-Firmen noch gegeben ist oder ob Betriebsgenehmigungen zu widerrufen sind.

Die Bundesregierung hat zunächst mit einem Transportverbot reagiert. Ihr Hauptziel ist aber, mit einem 10-Punkte-Plan den rapiden Imageverlust der Atomenergie in der Bevölkerung wieder wettzumachen. Mit der Klärung der technischen Ursachen hat sie die atomfreundliche Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) beauftragt und es steht zu befürchten, daß nach kurzer Schamfrist alles beim Alten bleibt.

Offene Fragen müssen geklärt werden

Auch wenn man politisch den Ausstieg aus der Atomenergie will, müssen eine Reihe von Fragen geklärt werden. Denn auch zur Abwicklung der Atomindustrie werden Transporte notwendig sein, werden sichere Transport- und Lagerbehälter benötigt, und vor allem eben auch Bundes- und Landesbehörden, die ihre Aufsichtspflicht gegenüber der Atomindustrie ernst nehmen und die bestehenden Gesetze und Verordnungen sicherheitsgerichtet anwenden.

Geklärt werden muß, ob beim Umgang mit Behältern zum Transport von abgebrannten Brennelementen oder wärmeentwickelnden Abfällen aus der Wiederaufbereitung gegen Pflichten verstoßen wurde, und warum Grenzwertüberschreitungen in Kreisen der Techniker und Wissenschaftler seit Jahren bekannt waren, aber von verantwortlichen Politikern und Behörden sowie von Verantwortlichen der Atomindustrie keine Aktivitäten zur Lösung der Probleme in Gang gesetzt wurden.

Gefragt werden muß auch nach den zahlreichen Verquickungen zwischen Atomindustrie und Politik. So sitzen SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder sowie der schleswig-holsteinische Energieminister Claus Möller im Aufsichtsrat der Preußen Elektra. In Bayern ist die Staatsregierung durch Anteile am Viag-Konzern, der Mutter der Bayerwerke AG, sowie über den ehemaligen Finanzminister von Waldenfels mit der Atomwirtschaft verbunden. Ähnliches

gilt für Baden-Württemberg.

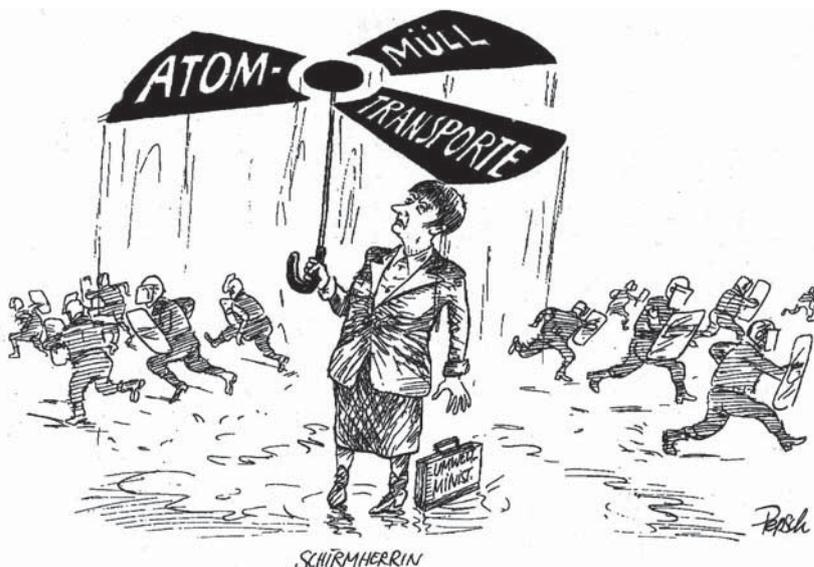
Neben der politischen Verantwortlichkeit muß auch untersucht werden, ob Transportbehälter ausreichend dekontaminiert wurden und ob die Vorschriften zur Dekontamination grundlegend überarbeitet werden müssen. Es kann z.B. nicht ausgeschlossen werden, daß Dekontaminationsvorschriften und Vorschriften zur Ermittlung von sogenannten „nicht festhaftenden radioaktiven Teilchen“ unzureichend sind. Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß generell eine hinreichende Dekontamination nach Stand der Technik nicht möglich ist. Zwecks Ausschluß von Transport-Risiken hat die PDS deshalb schon zu früheren Zeitpunkten einen generellen Stopp von Atomtransporten und die Lagerung abgebrannter Brennelemente an den Kraftwerksstandorten ge-

dichtung des Deckels. Mit systematischem Dichtungsversagen ist zu rechnen.

Auf Grund dieser nun kaum noch hypothetisch zu nennenden Konstruktionsmängel muß das gesamte CASTOR-Konzept in Frage gestellt werden. Die Benutzung von Castor-Behältern ist generell zu untersagen. Es sind kerntechnisch sichere, wenn auch kostspieligere Behälter zu entwickeln und zu fertigen, die über ein echtes Doppelcontainment verfügen und die wiederholbare Materialprüfungen ermöglichen. Und das Inventar der CASTOR-Behälter, die sich bereits in Gorbelen und Ahaus befinden, muß in neue, sichere Behälter umgeladen werden.

Der Ausstieg braucht Druck von unten

Der jüngste Atomskandal hat wieder einmal deutlich gemacht, das die Atomkraftnutzung nicht nur mit großen Risi-



Aus: Tagesspiegel, Berlin, 22.5.98

fordert. Ein zukünftiges Konzept zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft muß bis zur Klärung der Entsorgungsfragen eine solche kraftwerksnahe Lagerung vorschreiben. Die Wiederaufbereitung im Ausland muß auf Grund der erheblichen radioaktiven Belastungen während des Wiederaufbereitungsprozesses verboten werden.

Das CASTOR-Konzept muß in Frage gestellt werden

Im Rahmen weiterer Untersuchungen muß aber auch erneut über die weiteren, bisher wenig öffentlich bekannt gemachten, grundlegenden Sicherheitsmängel an der deutschen CASTOR-Baureihe beraten werden, wie sie von Prof. Elmar Schlich bereits seit Anfang der 80er Jahre formuliert wurden. Schlich sieht insbesondere die Gefahr, daß im Inneren des Behälters Kühlwasserreste in Rissen und Poren zurückbleiben, die bei der Vakuumtrocknung nach der notwendigen Unterwasser-Beladung nicht vollständig entfernt werden können. Kondensieren wird dieses Wasser an der kühlest Stelle im Behälter, nämlich an der Metall-

ken, sondern auch mit akuten Gefährdungen verbunden ist. Dies setzt die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg wieder auf die Tagesordnung. Da es große Überkapazitäten in der Stromversorgung gibt, stehen dem technische Hindernisse kaum im Wege. Juristisch bietet bereits das bestehende Atomrecht die Möglichkeit, diesen Ausstieg schnell zu vollziehen. Betriebsgenehmigungen können entzogen werden, wenn die Zuverlässigkeit der Betreiber, die Sicherheit der Anlagen oder eine sichere Entsorgung nicht gegeben sind. Argumente dazu bietet der neuerliche Atomskandal in Hülle und Fülle. Finanzielle Entschädigungen könnten die Eigentümer allenfalls in Höhe des Zeitwertes – auch dies ist im Atomgesetz geregelt – geltend machen. Und die meisten Atomkraftwerke sind längst abgeschrieben. Zumindest diese könnten, wie es PDS und Grüne bereits 1997 im Bundestag forderten, sofort abgeschaltet werden. Dies ist eine Frage des politischen Willens und der Kräfteverhältnisse.

Doch es ist äußerst zweifelhaft, ob ohne Druck von unten dieser politische Wil-

le zu erreichen ist. Die SPD hat sich zwar immer wieder zum Atomausstieg bekannt, doch ob dies unter einem Kanzler Schröder noch gilt, ist zweifelhaft. Schröder setzt auf einen parteiübergreifenden Energiekonsens; dies hat er erst kürzlich gegenüber Vertretern der Energiewirtschaft wieder betont. Und seine potentielle Umweltministerin Edelgard Bulmahn sprach davon, daß frühestens in drei Jahren mit einem Atomausstieg begonnen werden könne. Da ist eine Legislaturperiode schnell vorbei. Andererseits haben die Atomkraftgegner in der SPD, insbesondere der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Müller, ebenfalls die sofortige Abschaltung der 10 ältesten Atomkraftwerke sowie der Siedewasserreaktoren gefordert.

Druck von unten müßte aber nicht nur den Atomkraftgegnern in der SPD den Rücken stärken, sondern sich vor allem auch gegen die Energiekonzerne wenden. Bereits gegen das Stromeinspeisungsgesetz, mit dem die Windenergie gefördert wird, haben diese Konzerne ihre geballte ökonomische Macht ausgespielt, um dieses Gesetz zu unterlaufen. Und die Preußen Elektra fordert ungeachtet des verhängten Verbots, noch in diesem Jahr weitere Transporte, um ihr Kraftwerk Brokdorf wieder anlaufen lassen zu können. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Energiewirtschaft, die Entflechtung der Energiekonzerne und die Überführung der Hochspannungsnetze in gesellschaftliches Eigentum, wie von der PDS in dieser Legislaturperiode gefordert, ist nach wie vor hochaktuell.

Rolf Köhne ist energiepolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe. Aus Platzgründen wurde sein Beitrag geringfügig gekürzt.

Kanther will Flüchtlingsbekämpfung künftig schon in der Türkei!

Festung Europa wird noch skrupelloser

Auf Initiative der Bundesregierung tagten am 29. und 30. Juni in Budapest Vertreter der Innenministerien der EU-Mitgliedsländer mit Vertretern der türkischen Regierung, Albanien, Bosniens, Estlands, Mazedoniens, Lettlands, Moldawiens, der Ukraine und der Tschechischen Republik, der USA, Interpols usw. Thema: Vorverlegung der Bekämpfung von Flüchtlingen an die Ostgrenzen der künftigen EU – womöglich sogar noch weiter darüber hinaus.

„Die Transitländer (gemeint sind die Staaten im Osten der Europäischen Uni-

on, d. Red.) verpflichteten sich, illegale Einwanderung bereits 'beim Versuch des ersten Eindringens in die Region mit massierten Kräften' abzuwehren“; berichtet die „Frankfurter Rundschau“ (26.6.) über die Ergebnisse der Tagung. Laut „taz“ sollen u.a. EU-Experten künftig türkische Grenzschützer ausbilden, damit diese Flüchtlinge besser erkennen und gleich an der Grenze abweisen oder einsperren können.

Wörtlich heißt es in der Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums über die Ergebnisse der Tagung in Budapest, die beteiligten Staaten würden künftig:

„1. gründliche und lückenlose Kontrollen an Straßen- und Eisenbahnübergängen sowie auf Flughäfen und in Seehäfen entsprechend international festgelegten Standards durchführen ...

2. die Überwachung der Land- und Seegrenzen außerhalb der Grenzübergänge und im Grenzhinterland durch laengeangepaßten Einsatz mobiler Kräfte zur Unterbindung illegaler Grenzübertritte intensivieren ...

3. gegen Beförderungsunternehmen, die Transporte durchführen und es dabei unterlassen, Reisende ohne die erforderlichen Dokumente festzustellen, Sanktionen in Form von Geldbußen und der Haftung der Beförderungsunternehmen für die Rückbeförderungskosten einführen;

4. der Verfolgung der Schleusungskriminalität ... einen besonderen Rang einräumen ...“

Die Türkei wird sich über die EU-Hilfe für den „Schutz ihrer Ostgrenze“ freuen, verläuft diese Ostgrenze doch mitten durch die kurdischen Gebiete. Die EU leistet somit wieder einmal direkte Hilfe bei der fortdauernden Teilung Kurdistans und bei der Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung. Denn gegen diese werden sich die „Grenzkontrollen“ der Türkei im Osten richten.

Kampf gegen „illegale“ kurdische Flüchtlinge: Warum nicht gleich im Irak?

Eigentlich könnte Kanther deshalb mit der Türkei zufrieden sein – schließlich ist türkisches Militär sogar bereits in Südkurdistan und bekämpft dort evtl. kurdische „Flüchtlinge“. Was will der Mann also noch mehr, könnte man zynisch fragen – wäre da nicht die Erfahrung vor Monaten, als dieselben türkischen Regimekräfte, die die kurdische Bevölkerung massakrierten, sich auch auf das Geschäft der Schleusungskriminalität warfen und die von ihnen selbst produzierten kurdischen Flüchtlinge in abwrackreifen Schiffen ins Mittelmeer trieben, wo ein Teil auch noch die italienischen Küsten erreichte.

Der Krieg gegen die Kurden kann nach Kanthers Plänen gerne weitergehen, aber die Flüchtlingsströme nach Westeuropa sollen aufhören. Kanther schwebt vor, kurdische und andere Flüchtlinge, die z.B. aus den Kriegsgebieten in den Westen der Türkei fliehen und von dort womög-

lich nach Westeuropa weiterfliehen könnten, bereits in der Türkei in großen Sammellagern, also faktisch in Lagerhaft einzusperren.

Über den Umfang der finanziellen Hilfe der EU für diese Lager gibt es aber noch Streit. Außerdem macht der UNHCR, der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen der UNO, dem deutschen Innenminister und den türkischen Behörden noch Schwierigkeiten. Der UNHCR verlangt nämlich, zu solchen Flüchtlingslagern regelmäßig Zutritt zu erhalten. Die Türkei verweigert diesen Zutritt – warum wohl?

Die „taz“ berichtet abschließend: „In den Gesprächen mit den EU-Vertretern forderte die türkische Regierung als Gegenleistung mehr Unterstützung bei der Verfolgung der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Zudem hofft die Türkei offensichtlich, die polizeiliche Zusammenarbeit könne die Chancen auf einen EU-Beitritt erhöhen.“ (taz, 27.6.)

Über die groteske Menschenverachtung des Kantherschen Plans, daß ausgerechnet die Türkei, die durch ihren Krieg in den kurdischen Gebieten mit brutalster Gewalt massenhaft Flüchtlinge produziert, nunmehr mit deutscher und EU-Hilfe diese Flüchtlinge in Lagern einsperren soll, damit sie vor ihren Peinigern und Verfolgern nicht außer Landes fliehen können, regt sich in der hiesigen Presse kaum noch jemand auf. Immerhin: die Vertreter Dänemarks, Belgiens und Schwedens haben Vorbehalte gegen die deutsche Absicht signalisiert, während man in Bonn schon verbreitet, daß „die volle Einbeziehung der türkischen Behörden erfolgreich angelaufen“ (nach *Neues Deutschland*, 26.6.) sei.

Am 14./15. Dezember soll in Warschau eine Nachfolgekonzferenz die bis dahin erreichten Fortschritte prüfen und nächste Schritte vereinbaren.

PDS protestiert

Dazu die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke: „Die Pläne von Bundesinnenminister Kanther und einigen seiner EU-Kollegen sind ein weiterer Stein in den Festungsmauern rund um Europa. Zudem: In der Türkei gilt die Genfer Flüchtlingskonvention nur für Staatsangehörige europäischer Länder. Flüchtlinge aus dem Irak, aus Sri Lanka, Afghanistan und anderen außereuropäischen Ländern droht mit finanzieller Hilfe der EU die Abschiebung in den Verfolgerstaat. Damit heben Kanther und Co. faktisch die Genfer Flüchtlingskonvention aus den Angeln.“ Sie appellierte an alle Regierungen der EU, „diese Pläne schleunigst zu den Akten zu legen und ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen, Flüchtlingen Schutz und Aufnahme zu gewähren.“

Am 16. Juli hat die PDS-Abgeordnete in einer kleinen Anfrage die Bundesregierung nach weiteren Einzelheiten und Hintergründen der geplanten Flüchtlingslager in der Türkei gefragt. (rül)

Neuerliche Bemühungen um eine politische Lösung der kurdischen Frage

Mit zahlreichen Aktivitäten bemühen sich derzeit Vertreter der PKK und andere kurdische Institutionen um Fortschritte zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage. „Turkish Daily News“, eine regimenahe Zeitung in der Türkei, äußerte sich deshalb am 6. Juli schon besorgt über die „diplomatischen Initiativen“ der „kurdischen Separatisten“. Tatsächlich hat der Rückschlag auf der parlamentarischen Versammlung des Europarats die kurdischen Bemühungen nicht entmutigt. Kurz vor Redaktionsschluß dieser Zeitung begann in Kopenhagen die parlamentarische Versammlung der OSZE. Dort wollen kurdische und linke europäische Kreise erneut versuchen, politische Fortschritte zu erreichen. Am 24./25. Juli folgt eine von kurdischen Kreisen initiierte Konferenz von Völkerrechtlern und Politikern im Schweizer Lausanne aus Anlaß des 75. Jahrestags des Lausanner Abkommens, das am 24. Juli 1923, knapp fünf Jahre nach der Zerstörung des „Osmanischen Reiches“, die bis heute andauernde erneute Teilung Kurdistans besiegelte, am 28./29. Juli eine Konferenz in Washington. Hier Berichte über erste positive Ergebnisse dieser Bemühungen aus Schweden und von einer Konferenz in Österreich. (rül)

Die schwedische Regierung bietet ihre Vermittlungsdienste an

Der stellvertretende schwedische Außenminister und Minister für internationale Entwicklung Pierre Schorri hat die Bereitschaft seiner Regierung erklärt, als Vermittler bei einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage mitzuwirken. Schorri äußerte diese Bereitschaft der schwedischen Regierung in einem Interview mit dem kurdischen Schriftsteller Mahmut Baksi im kurdischen Fernsehen MED-TV am 26. Juni.

Die Kurden hätten genauso wie alle anderen Menschen ein Recht auf alle grundlegenden Menschenrechte und auf Autonomie in den Ländern, in denen sie lebten. Solange diese Rechte nicht gesichert seien, bedeute das, daß die Prinzipien der Vereinten Nationen nicht eingehalten würden. Die Türkei werde nicht in der Lage sein, nach Europa zu kommen, wie sie diese Rechte den Kurden verweigere.

Befragt, wie die schwedische Regierung die von türkischer Seite im Zusammenhang mit der Verhaftung Semdin Sakikis erneuerten Gerüchte einer PKK-Beteiligung am Attentat auf Olaf Palme beurteile, betonte Schorri, alle vorliegenden Belege hätten ergeben, daß die Kurden nichts mit der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten zu tun hätten. Die Beschuldigungen der türkischen

Regierung würden von niemandem in Schweden ernst genommen.

(nach Kurdish News Bulletin, Brüssel, 23. bis 29. Juni)

Kurdenfrage in der Türkei nur durch Dialog zwischen türkischen und kurdischen Vertretern lösbar

Erklärung von Peter Reichert, Pressesprecher der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

Führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion (SPE) im Europäischen Parlament haben am Wochenende gemeinsam mit Mitgliedern nationaler Parlamente, Nahostexperten aus sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aus den Mitgliedsländern sowie Vertretern der Kurden aus der Türkei, Iran und Irak im Rahmen einer Konferenz mit dem Titel „Die Zukunft der kurdischen Frage für die Türkei und ihre Nachbarn“ im Wiener Renner-Institut über Politikansätze und -maßnahmen zur Lösung der Kurdenfrage diskutiert.

Dazu erklärt die SPE-Fraktionsvorsitzende Pauline Green: „Wir europäischen Sozialdemokraten wollen versuchen, die Kurdenfrage durch Manöver über die Flanken zu lösen. Die Entwicklung der Union hat gezeigt, daß man verfeindete Parteien auch zusammenbringen kann, ohne alte Antagonismen aufbrechen zu lassen.“ Das grundlegende Dilemma bestehe derzeit darin, daß die Türkei immer noch die Existenz einer „Kurdenfrage“ bestreite. Für die Sozialdemokraten habe jedoch die Anerkennung der Grundrechte des kurdischen Volkes Priorität, so die SPE-Fraktionsvorsitzende.

In der Abschlusserklärung der Konferenz heißt es, daß eine stabile und gerechte Lösung der Kurdenfrage weder durch Militäreinsatz noch andere gewaltsame Mittel zu erreichen sei, sondern nur über den Prozeß politischer Dialoge zwischen Kurden und Regierungsbehörden sowie zwischen den einzelnen Kurdenorganisationen herbeigeführt werden können. Für die Türkei bedeutet dies, daß der einzige Weg zur Lösung des Kurdenproblems über den direkten Dialog zwischen Vertretern der türkischen Behörden und Vertretern der türkischen Kurden führe. Die Europäische Union wird aufgefordert, die entsprechenden internationalen politischen Initiativen zu ergreifen, damit eine Atmosphäre entsteht, in der ein konstruktiver Dialog stattfinden kann.

Zur Situation der Kurden in Irak heißt es in der Erklärung: „Wir glauben, daß das derzeitige irakische Regime Fort-

schritte zu einer dauerhaften Lösung für die Kurden im Nordirak verhindert und daß eine demokratisch verantwortliche Führung notwendig ist, um ernsthafte Verhandlungen über die Zukunft des irakischen Kurdistans zu führen. Jegliche Lösung muß eine weitreichende Autonomie für die Region beinhalten.“

Zur Lage der kurdischen Bevölkerung in Iran heißt es: „Wir sind übereingekommen, die Möglichkeiten für die Entsendung einer Delegation nach Iran zu prüfen, um direkte Informationen über die Entwicklung im iranischen Kurdistans zu sammeln sowie um die derzeitige Haltung der iranischen Regierung hinsichtlich der Perspektiven für einen Dialog und eine politische Lösung auszuloten.“

Quelle: Presseinformation der Fraktion Sozialdemokratischer Partei Europas, 6. Juli 1998

ERNK: Österreich soll im Kurdenkonflikt vermitteln

Der in Wien weilende Europasprecher der ERNK, Herr Hasan Akif, meint anläßlich der Österreichischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998:

1. Die österreichische Regierung soll die Chance in der EU-Präsidentschaft nutzen, um eine Vermittlerrolle zwischen der türkischen Regierung und den kurdischen Interessen zu übernehmen.

2. Die österreichische Regierung soll der internationalen Lösung des „Kurdenproblems“ vordringliche Priorität einräumen.

3. Österreich soll im Ratsvorsitz danach trachten, daß die Empfehlung der EU-Außenminister, „Waffen nicht in Krisengebiete zu liefern, die dieselben für innere Konflikte verwenden“, besonders bezüglich der Türkei striktens zu beachten.

(ERNK-Vertretung in Österreich, 30. Juni 1998)

Konferenz in Brüssel

Am 3. und 4. Juli fand in Brüssel die in dieser Zeitschrift vor kurzem angekündigte Konferenz von KON-KURD zur Menschenrechtssituation in der Türkei und Kurdistans mit etwa 60 Teilnehmern aus Norwegen, Dänemark, der Schweiz, der Türkei, Belgien, Großbritannien und der BRD statt. Durch extreme Schikanen bei der Erteilung der Visa gelang es hier leider den türkischen und belgischen Behörden, die Anreise von 12 der 14 eingeladenen Referenten aus der Türkei zu verhindern. Lediglich ein Vertreter der HADEP und der Mesopotamischen Kulturvereine konnte rechtzeitig nach Brüssel kommen.

Bild- und Textdokument aus: A. MEURER, H. VOLLMER, H. HOCHBERGER, DIE INTERVENTION DER BRD IN DEN JUGOSLAWISCHEN BÜRGERKRIEG. HINTERGRÜNDE, METHODEN, ZIELE. Die 1992 im GNN-Verlag erschienene und – vor allem, was die deutsche machtpolitisch motivierte Schürung der Konflikte auf dem Balkan angeht, immer noch aktuelle Broschüre schildert die Geschichte der deutschen Interventionen und Okkupationen auf dem Balkan in diesem Jahrhundert bis zur aktuellen Intervention in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Die Broschüre (56 Seiten, ISBN 3-926922-15-X) ist erhältlich bei den örtlichen GNN-Verlagen, über den Buchhandel oder direkt beim GNN-BUCHVERSAND, BADEWEG 1, 04435 SCHKEUDITZ, TEL. (03 42 04) 6 57 11, FAX (03 42 04) 6 58 93.



März 1945: Jugoslawien hat sich in einem opferreichen Volksbefreiungskrieg vom deutschen Faschismus befreit. Am 8. März 1945 wird eine Regierung mit Marschall Tito an der Spitze gebildet, am 11. November finden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, bei denen 96 Prozent der Wähler für die neue Staatsordnung stimmen. Tito: „Die überwältigende Mehrheit der Völker Jugoslawiens kam noch im Laufe des Krieges zu der Erkenntnis, daß die alte Gesellschaftsordnung nichts taugt, daß sie veraltet ist und daß es nötig ist, eine neue, bessere Gesellschaftsordnung zu errichten ... daher war es nach dem Krieg nicht notwendig, auf Straßenbarrikaden die Frage der Macht zu lösen, denn diese hielt das Volk schon als größte Errungenschaft des Befreiungskampfes gegen die Okkupatoren und einheimischen Verräter fest in der Hand.“

Die westliche Presse erweckt vielfach falsche Eindrücke von den Hintergründen und Verantwortlichkeiten im Kosovo-Konflikt

Kosovo, das Pulverfaß auf dem Balkan

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um den Kosovo wird insbesondere von den Medien der Eindruck erweckt, als ob erst seit der „Aufhebung der Autonomie“ durch Milošević 1989 von einer Krisenregion gesprochen werden kann. Das ist falsch und bewußt so dargestellt, um die Serben für die Spannungen verantwortlich zu machen.

Sowohl von den Serben als auch von den Albanern werden in den Auseinandersetzungen historische Gründe für ihre Ansprüche auf den Kosovo angeführt. Eine Methode, die auch in anderen Ländern, Deutschland hat dabei ganz besonders schlimme Erfahrungen, zu Revanchismus und blutigen Auseinandersetzungen geführt hat und noch führt.

Heute wird von den Kosovo-Albaner behauptet, daß sie Nachfahren der Illyrer seien, die schon 1000 v. Chr. den Westen des Balkans besiedelten und sie deshalb einen historischen Anspruch auf Kosovo hätten.

Tatsache ist, daß Serbien bereits 1878 seine Unabhängigkeit erhielt und nach dem Balkankrieg 1912 und der endgültigen Befreiung von den Türken auch Kosovo zurück bekam. Das Königreich Serbien brachte im Dezember 1918 auch das Gebiet Kosovo und Metohien (so die offizielle Bezeichnung) in das erste Jugoslawien (zunächst Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) ein. In diesem Jugoslawien waren die Kosovo-Albaner praktisch rechtlos, was es den faschistischen italienischen und später deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg erleichterte, die profaschistischen albanischen Balisten für sich zu gewinnen. Durch diese wurden die Serben massenhaft aus dem Kosovo vertrieben.

Nach dem Krieg und dem Sieg des Volksbefreiungskampfes der Völker Ju-

goslawiens wurde auch der albanischen nationalen Minderheit das Recht auf Autonomie zugebilligt. Dabei ist allgemein kaum bekannt, daß das Nationalkomitee der Befreiung Jugoslawiens am 6. März 1945 einen Beschluß faßte, der den vertriebenen Serben die Rückkehr nach Kosovo verbot. Offensichtlich sollten damit Racheakte verhindert werden.

In dem Maße, wie den Kosovoalbaner durch Titos Regierung immer mehr Rechte eingeräumt wurden, erhöhten sich deren Forderungen nach mehr Eigenständigkeit. 1963 wurde die bis dahin autonome Region Kosovo und Metohien innerhalb der Republik Serbien zur autonomen Provinz Kosovo und staatsrechtlich der multinationalen Provinz Vojvodina im Norden Serbiens gleichgestellt. Es konnte ein Provinzparlament gewählt werden und im Rahmen der serbischen Delegation wurden 5 Vertreter Kosovos in die Nationalitätenkammer des Bundsparlaments entsandt. Trotzdem kam es 1968 zu ernsthaften Unruhen, bei denen erste Forderungen nach einer eigenen Republik laut wurden. Die Unruhen wurden niedergeschlagen und durch die Erweiterung der Autonomierechte überdeckt. Mit der neuen Verfassung der SFRJ von 1974, die die Selbstverwaltung erweitern und die Selbstständigkeit der Republiken stärken sollte, in der Praxis vor allem aber den Nationalismus förderte, wurde auch der Status der autonomen Provinzen in Serbien verändert. Vojvodina und Kosovo blieben zwar formell weiter Bestandteile Serbiens, wurden aber praktisch den Republiken gleichgestellt. Sie erhielten 20 Sitze im Bundsparlament und je einen Platz im jugoslawischen Staatspräsidium. So stellte Kosovo zwischen 1974 und 1989 zweimal den Vorsitzenden des Staatspräsidiums

(Staatsoberhaupt) der SFRJ. In dieser Zeit besetzten die Albaner alle Führungspositionen in Politik und Wirtschaft der Provinz. Die Universität von Pristina wurde zu einer albanischen Einrichtung, die wie die Schulen, Fach- und Hochschulen mit aus Albanien eingeführten Lehrbüchern arbeitete. Das trug einerseits zur Stärkung des albanischen Nationalismus bei, führte andererseits aber auch dazu, daß viele Hochschulabsolventen ohne Arbeit blieben, weil sie in anderen Teilen Jugoslawiens wegen unzureichender Sprachkenntnisse keine Arbeitsplätze fanden.

Kosovo war zwar praktisch den Republiken gleichgestellt, allerdings ist auch für die heutige Situation wichtig, daß in Titos Jugoslawien niemals daran gedacht wurde, dem Kosovo den Status einer Republik mit dem Recht auf Lostrennung zu gewähren. Dem lag die staatsrechtliche Auffassung zu Grunde, daß innerhalb Jugoslawiens nur die Völker ein Recht auf eine eigene Republik haben, die keinen anderen Mutterstaat haben. Diejenigen, die wie die Albaner, Ungarn usw. einen Mutterstaat hatten, galten als nationale Minderheiten bzw. Völkerschaften. Damit wandte sich die jugoslawische Führung gegen eine Zweistaatentheorie, was übrigens 1990 die jugoslawische Haltung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten beeinflusste.

Eine fast logische Schlußfolgerung des wachsenden albanischen Nationalismus war die Tatsache, daß die albanischen Separatisten im Kosovo 1980, nach dem Tode Titos, massiv mit der Forderung „Kosovo-Republik“ auftraten, was 1981 zu schweren Unruhen führte. Das Ergebnis waren nach offiziellen Angaben 9 Tote, 275 Verletzte und ein drei Monate andauernder Ausnahmezustand. Späte-

stens seit diesem Zeitpunkt entwickelte sich das Kosovoproblem zu einer bis heute andauernden Krise, die im Zusammenhang mit dem vom Westen geförderten Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre einen neuen Höhepunkt fand. Geht man dabei davon aus, daß der Westen heute einer Lostrennung Kosovos von Serbien/Jugoslawien keinesfalls zustimmen will, dann muß man aber feststellen, daß die serbische Reaktion auf die Unabhängigkeit der Kosovoalbaner vom Juli 1990 in jeder Hinsicht gerechtfertigt war. Man muß hinzufügen, daß die serbische Führung unter Slobodan Milosevic offensichtlich danach nicht genügend getan hat, um dazu beizutragen, daß der Krisenherd Kosovo durch einen demokratischen Dialog dauerhaft gelöst wird. Die Anerkennung des Kosovo als eine der beiden autonomen Provinzen in der Republik Serbien in der neuen Verfassung reicht dazu nicht aus. Andererseits muß betont werden, daß im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen 1992 Belgrad Bereitschaft signalisiert hat, einen Dialog über alle offenen Fragen zu führen, unter der Bedingung, daß von den Albanern anerkannt wird, daß Kosovo und Metohia integraler Bestandteil Serbiens ist. Die separatistischen Führer der Albaner ließen und lassen bis heute keinen Zweifel daran, daß sie sich besonders nach den illegalen Parlaments- und Präsidentenwahlen vom Mai 1992 als unabhängig fühlen und es nur Verhandlungen wie zwischen zwei unabhängigen Staaten über offene, noch zu regelnde Fragen geben könne. Diese Haltung hatte auch praktische Folgen, die von den Medien und von führenden Politikern vor allem auch in Deutschland immer wieder als Verletzungen der Minderheitsrechte durch die Serben und in jüngster Zeit sogar als „ethnische Säuberungen“ dargestellt werden. Auf Weisung der albanischen Führer weigerten sich viele Albaner in „ihren“ Betrieben und Einrichtungen für die „serbischen Okkupanten“ zu arbeiten, was zu Entlassungen und Verschärfung der so schon schwierigen sozialen Lage der albanischen Bevölkerung führte.

Im Bildungswesen weigerte man sich, die Anordnungen nicht mehr nach ausländischen (albanischen) Lehrplänen, sondern nach serbischen Lehrplänen, die auch die Ausbildung in der Muttersprache vorsehen, umzusetzen. Der Unterricht wurde boykottiert, was zur Folge hatte, daß Lehrer, die sich weigerten, dem serbischen Staat ihre Loyalität zu erklären, entlassen wurden.

Massive Vorwürfe wegen angeblicher fehlender Minderheitenrechte gibt es nur von den Albanern, bzw. deren Führer im Kosovo und das, weil sie nicht Menschen und Minderheitenrechte fordern, sondern weil sie nicht bereit sind, die Verfassung und Gesetze Serbiens anzuerkennen. Gleichzeitig nehmen sie aber die Rechte, die ihnen Vorteile bringen, in Anspruch. Dazu gehören die Nutzung der

kulturellen und sprachlichen Besonderheiten, die Glaubensfreiheit und die Freiheit, sich politisch zu organisieren. Im Kosovo erscheinen rund 50 Tages- und Wochenzeitungen in albanischer Sprache. Bemerkenswert ist dabei, daß diese nicht nur frei verkauft werden, sondern offen staatsfeindliche Propaganda verbreiten bis hin zum jüngsten Aufruf der s.g. Befreiungsarmee (UCK), zu den Waffen zu greifen und gegen die „serbischen Okkupanten“ zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang wird oft darauf verwiesen, daß der illegal gewählte und übrigens völlig unbehelligt in Pristina lebende s.g. Präsident der „Republik Kosovo“, Ibrahim Rugova, für eine friedliche Lösung und Widerstand nach dem Vorbild von Ghandi eintritt und die radikalen bzw. militanten Kräfte in der Minderheit seien. Die Wahrheit liegt aber darin, daß alle entscheidenden Führer der Kosovoalbaner das gleiche Ziel verfolgen und nicht müde werden zu betonen, daß für sie nur ein unabhängiges Kosovo in Frage kommt. Im Gegensatz zu Rugova, der übrigens vor einigen Wochen noch behauptete, daß er von der UCK nichts wisse, sind der Vorsitzende der Parlamentarischen Partei Adem Demaci oder das Akademiemitglied Prof. Rexep Qosja direkter und treten offen für den bewaffneten Widerstand bzw. das Endziel der Vereinigung aller Albaner in einem Großalbanien ein. Auch Rugova hat trotz seiner angeblichen „ghandischen“ Haltung in keiner Weise die terroristischen Aktionen verurteilt, geschweige denn etwas gegen die UCK unternommen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die rund 500.000 im Ausland lebenden Kosovoalbaner sind seit Jahren verpflichtet, drei Prozent ihres Einkommens für die „Republik Kosovo“ abzuführen. Ein Teil dieses Geldes wurde nach jetzt vorliegenden Informationen für die Ausbildung von Terroristen der UCK und deren Bewaffnung verwendet.

Albanische Dependancen in der BRD

Wesentlichen Anteil daran hat der seit Jahren in Deutschland lebende „Ministerpräsident“ der offiziell nicht anerkannten Exilregierung Bujar Bukoshi. Dieser hat erst vor wenigen Tagen alle Kosovoalbaner in den westlichen Industriestaaten aufgerufen 1000 DM zusätzlich für den „Befreiungskampf“ zu spenden. Von der Bonner Regierung wurde bisher nichts unternommen, um diese Aktivitäten zur Unterstützung von Terroristen zu unterbinden. Der „Hauptstab“ der UCK hat alle Albaner aufgefordert, Spenden auf das Konto des Fonds „Die Heimat ruft“ einzubezahlen. In Deutschland hat dieser Fonds seinen Sitz in Siegburg bei Bonn. Er weist in seinen Veröffentlichungen darauf hin, daß die Spenden in der BRD von der Steuer abgesetzt werden können. Verbunden werden die Aufrufe mit der Drohung, daß diejenigen, die nicht spenden, „eine große Verantwortung“ auf sich laden. Bekannt

ist, daß eine Weigerung die UCK zu unterstützen oder gar ein Bekennen zum serbischen Staat schon vielen Albanern das Leben gekostet hat.

Wenn sich die EU und die USA jetzt darauf berufen, daß für sie eine Lostrennung des Kosovo von Serbien bzw. der BRJ nicht akzeptabel sei, gleichzeitig aber nur einseitigen Druck auf Belgrad ausüben und Sanktionen verhängen, so ist das mehr als Demagogie. Auch die Drohung eines militärischen Eingreifens der NATO, wenn es sein muß auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates der UNO, um angeblich ein zweites Bosnien zu verhindern, weil Milosevic angeblich nur die Sprache der Gewalt versteht, erweist sich in der Praxis als eine direkte Ermunterung der Terroristen und Separatisten. Dabei entspricht diese Behauptung nicht einmal den Tatsachen, denn Milosevic hat im Falle Bosniens bereits ein Jahr vor den NATO-Angriffen gegen die bosnischen Serben die Vorschläge der Kontaktgruppe unterstützt und sogar ein Embargo gegen die Republika Srpska durchgesetzt. Sein Beitrag zum Abschluß des Daytoner Abkommens wurde von der Führung in Pale, allen voran die heutige Präsidentin Biljana Plavsic, als Verrat serbischer nationaler Interessen verurteilt. Die einseitige Verurteilung der Serben und mehr oder weniger direkte Parteinahme für eine der Konfliktparteien, bis hin zur Anerkennung der terroristischen UCK als möglicher Verhandlungspartner, droht auch im Kosovokonflikt wieder zum Hindernis für eine allseitig akzeptable Kompromißlösung zu werden. Nicht die Politik der BRJ stellt eine Bedrohung des Friedens in der Region dar, sondern die separatistische Politik der Albaner, die schon heute keinen Hehl daraus machen, daß nach Kosovo die Unabhängigkeit der Albaner in Mazedonien und die Schaffung eines Großalbanien auf der Tagesordnung stehen.

Die Praxis beweist, die zwischen den Präsidenten Jelzin und Milosevic getroffenen Vereinbarung zur Lösung der Kosovokrise ist bisher der einzige reale Weg und sollte besonders auch von Deutschland unterstützt werden. Dazu gehören aber nicht nur wortreiche Appelle z.B. an Rugova bei seinen zahlreichen Visiten in Bonn. Wirksamer wäre es, die Tätigkeit des Fonds in Siegburg zu unterbinden und auch dem militanten Bujar Bukoshi und seinen Aktivitäten zur Unterstützung der UCK sowie für die Lostrennung des Kosovo von Serbien die Unterstützung und Gastfreundschaft zu entziehen. Das Problem besteht doch nicht mehr darin die Serben an den Dialogtisch zu bekommen, sondern die Kosovoalbaner zu zwingen, ihre terroristischen Aktivitäten und separatistischen Ziele aufzugeben und ohne Vorbedingungen mit den Serben über alle offenen Fragen Gespräche zu führen, um eine dauerhafte Autonomielösung entsprechend den internationalen Normen zu finden, wie sie Belgrad zugesagt hat. (M.W.)



Mehrere zehntausend Menschen haben am vergangenen Samstag in der nordspanischen Stadt San Sebastian gegen das Verbot der Zeitung EGIN und des Radiosenders EGIN-IRRATIA protestiert. „Ihr bringt uns nicht zum Schweigen“, hieß es auf den Spruchband von Angestellten der Zeitung.

Spanische Regierung veranlaßt Schließung der Tageszeitung „egin“

Baltazar Garzon, Richter des spanischen Nationalgerichts, ließ entsprechend den Wünschen der PP-Regierung am Mittwoch, den 15. Juli, die baskische Tageszeitung „egin“ und den Radiosender „egin irratia“ schließen; 11 Mitglieder des Verwaltungsapparats von „egin“ und „egin irratia“ wurden verhaftet.

Der „egin“ nahm bisher von den am meisten gelesenen Tageszeitungen innerhalb des spanischen Baskenlandes sowohl in Gipuzkoa als auch in Bizkaia den zweiten Platz ein; seine politische Ausrichtung entsprach der Herri Batasunas, gefordert wurden echte Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht. Der „egin“ bildete das wichtigste offene Diskussionsforum und eine zentrale Informationsquelle für die baskische Linke insgesamt, für die verschiedenen Richtungen des baskischen Nationalismus und für progressive Bewegungen von unten.

Der spanische Innenminister Oreja begründete die Schließung der Zeitung damit, daß „egin“ der Untergrundorganisation ETA helfe. Wenn es auch zutrifft, daß die über das Baskenland verstreuten Mitglieder von ETA-Kommandos aus im „egin“ veröffentlichten Kommunikationen ihrer Führung Instruktionen ableiten konnten, so zielt die Maßnahme des spanischen Staates doch kaum darauf ab, ETA auszuschalten, sondern darauf, der baskischen Unabhängigkeitsbewegung insgesamt und den diversen kritischen Strömungen entscheidenden Schaden zuzufügen.

Für dieses Anliegen ist der beauftragte Richter, Garzon, genau der richtige Mann: Politisch weit rechts stehend, hat

er wiederholt erklärt, ihm gehe die Demokratie in Spanien zu weit.

(Manfred Ostrowski, Köln)

Kolumbien: Wiederannäherung von ELN und FARC

(Bogotá, 10. Juli 1998, pulsar-Poonal).- Die beiden wichtigsten Guerillagruppen Kolumbiens haben in den vergangenen Wochen mehrere Treffen in den Bergen abgehalten. Sie versuchen, sich über gemeinsame Themen bei künftigen Friedensgesprächen mit der Regierung einig zu werden.

Antonio García, militärischer Chef der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), informierte die Führung der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) über Details des in Mainz stattfindenden Dialogs mit VertreterInnen der kolumbianischen Gesellschaft.

Ziel der Annäherung ist es auch, die Guerillakoordination Simón Bolívar wiederzubeleben, in der sich mehrere bewaffnete Aufstandsbewegungen des Landes in der vergangenen Dekade ab sprachen.

Laut García gibt es große Übereinstimmung mit der FARC bei der Beurteilung der Probleme des Landes. Die ELN unterstütze zudem die FARC in ihrer Forderung, daß die Regierung fünf Landkreise entmilitarisieren müsse, damit Friedensverhandlungen begonnen werden könnten.

Einigkeit bestehe ebenso darin, daß der Dialog mit der kolumbianischen Gesellschaft und nicht mit der Regierung geführt werden solle.

Ein geschlossenes Vorgehen der beiden Guerillabewegungen könnte die Aussichten für Frieden in Kolumbien ver-

bessern. Dazu kommt das Treffen des neugewählten Präsidenten Andrés Pastrana mit der FARC-Spitze am 9. Juli. Damit werden Erwartungen geweckt, die während der Amtszeit des scheidenden Präsidenten Ernesto Samper nie bestanden.

Puerto Rico: Generalstreik gegen Privatisierung

(San Juan, 14. Juli, pulsar/alc/comcosur-Poonal).- Am 9. Juli endete ein zweitägiger Generalstreik, an dem etwa eine halbe Million ArbeiterInnen teilnahmen. Die Gewerkschaften hatten ihn aus Protest gegen die vorgesehene Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ausgerufen. Zwar wurde der Aufruf nicht vollständig befolgt, dennoch handelte es sich um die größte und wichtigste Mobilisierung der Bevölkerung in der Geschichte Puerto Ricos.

In der Hauptstadt San Juan blieben die Geschäftszentren, Banken und Restaurants fast allesamt geschlossen. Auch die Busse verkehrten nicht. Es gab sogar die Unterstützung von Gruppen, die nicht grundsätzlich gegen die Privatisierung sind, das selbstherrliche Vorgehen des Gouverneurs Pedro Rosselló aber ablehnen. Selbst der Senatsvorsitzende Charlie Rodríguez, der der Regierungspartei angehört, gab den Erfolg des Generalstreiks sowie die Teilnahme einiger Parteimitglieder zu.

Vor dem Generalstreik hatte es auch in den USA Unterstützung für die Privatisierungsgegner gegeben. Mitglieder verschiedener Gewerkschaften demonstrierten in der Nähe des Rockefeller Centers in New York. Dort befinden sich sowohl die zentralen Büros von GTE Services Corporation, des interessierten Käufers der Telefongesellschaft, wie auch die Büros der Citibank, die das Geschäft finanzieren soll.

Auch in anderen Städten gab es Proteste. Die Beschäftigten des Telefonunternehmens kämpften seit Wochen gegen den Privatisierungsbeschluß und führen ihre Streikaktionen auf Betriebsebene weiter. „Der Streik wird weitergehen, bis die Regierung ihre Privatisierungspolitik als falsch eingesteht“, so die Gewerkschafterin Annie Cruz. Sie und ihre KollegInnen wollen einen Stopp des Regierungsvorgehens oder eine Volksbefragung über den Verkauf der Telefongesellschaft. Die Privatisierung des beträchtlichen Gewinn abwerbenden Unternehmens ist nach ihrer Auffassung widersinnig und ein Angriff auf das Staatsvermögen.

Innenminister Morey sagte, die Entscheidung, die Telefongesellschaft zu verkaufen, sei endgültig und es gebe ein Gesetz dafür. Die Verhandlung mit den Streikenden werde über ganz konkrete Punkte sein. Die Regierung trete dabei als Repräsentant eines Käufers „ohne Namen“ der Telefongesellschaft auf.

(Zusammenstellung: hav)

VILLINGEN. „Lieber solidarisch als *solide arisch*“, so lautete eine der Parolen auf der Antifa-Demonstration am 11. Juli. Anlaß war ein Überfall auf den Rottweiler Direktkandidaten der PDS, Michael Lilienfeld, durch rechte Nazischläger. Winfried Wolf (MdB, PDS) wies auf den zunehmenden Rechtsruck hin.



GelöbNiX – Kein Gelöbniß auf dem Kieler Rathausmarkt

KIEL. Am 18. August will die Bundeswehr ein öffentliches Gelöbniß auf dem Kieler Rathausplatz durchführen, es ist eins von ca. 500 öffentlichen Gelöbnissen allein in diesem Jahr. Oberbürgermeister Norbert Gansel (SPD) hat auf Anregung der Ratsfraktionen der SUK und CDU und auf Antrag der SPD die Bundeswehr zu diesem Spektakel eingeladen. Während eine Stadt wie Frankfurt/Oder die Selbsteinladung des Militärs dankend abgelehnt hat, werden nach Kiel extra Rekruten aus Eckernförde herangeschafft. In Kiel selbst gibt es keine Soldaten, denen noch das Gelöbniß abgenommen werden könnte. Als besonderer Ehren- oder besser Wahlkampfgast wird Verteidigungsminister Volker Rühle anwesend sein, um zusammen mit Norbert Gansel die Reihen der strammstehenden Soldaten abzuschreiten. Dagegen hat sich ein Bündnis „GeböbNiX – Kein Gelöbniß auf dem Kieler Rathausmarkt“ gebildet, das für den 18. August zu Protestaktionen aufruft. Den Aufruf haben bereits zahlreiche Arbeitskreise, Initiativen, Einzelpersonen, Gruppen und linksstehende Parteien aus Kiel und Umgebung unterstützt. *Koordinierungsbüro Infoladen, Hansastraße 48, Tel/Fax donn.: 0431 / 56 37 17*

Taschengeld an Abschiebehäftlinge wird endlich ausgezahlt

MANNHEIM. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz steht jedem Abschiebehäftling seit Juli 1997 ein Taschengeld von 56 DM im Monat zu. Dieses Geld wurde jedoch bis vor drei Wochen nicht an die Abschiebehäftlinge in der Abschiebehäftlingsanstalt Mannheim ausbezahlt. Wie die Arbeitsgemeinschaft für Menschen in Abschiebehäft, Mannheim mitteilte, gelang es nach längerem Briefwechsel und Versprachen, das Innenministerium und das Justizministerium zu bewegen, diesen ungesetzlichen Zustand zu beenden. Nachdem es zwischen den beiden Ministerien wegen der Finanzierung des Taschengeldes zu einer Einigung kam, dauerte es aber nach der Anweisung des Geldes an die JVA Mannheim, die mit der Auszahlung beauftragt wurde, wiederum

einige Wochen, bis nun endlich die ersten Zahlungen vorgenommen wurden. Die Arbeitsgemeinschaft für Menschen in Abschiebehäft sieht sich angesichts dieses Vorgangs in ihrer Ansicht bestätigt, daß es sich bei der Abschiebehäft weitgehend um einen „rechtsfreien Raum“ handelt. *Kommunal Info Mannheim*

Grüne fordern Einstellung der Wachparade der „Langen Kerls“

POTSDAM. Beim jüngsten Aufmarsch der „Langen Kerls“ kam es zu Übergriffen von Neonazis auf friedliche PassantInnen. Die Neonazis bedrohten einzelne Personen namentlich. Schon im Vorfeld wurde von rechtsextremen Kreisen bekannt, jetzt bei jeder Wachparade anwesend zu sein. „Damit wird deutlich, welches Publikum vom militaristischen Mummenschanz der PTM angezogen wird. Die Wachparade wächst sich mehr und mehr zu einem Imageschaden für Potsdam aus“, so Alex Kruschat von Bündnis 90/Die Grünen. Er fordert daher, die Wachparade sofort einzustellen. *Aus: CL-Netz 18. Juli*

Für die sofortige Auflösung des Kommandos Spezialkräfte in Calw

TÜBINGEN. Die Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, das Friedensnetz Baden-Württemberg und der bundesweite Friedensratschlag in Kassel

CHEMITZ. 6000 Menschen demonstrierten am 11. Juli, in Chemnitz gegen einen Aufmarsch der NPD. Die Stadt Chemnitz hatte ein Verbot verhängt, aber Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht hoben das Verbot auf. Aus „Sicherheitsgründen“ wurde der NPD nur eine Kundgebung genehmigt. 400 Neonazis kamen. Ein starkes Polizeiaufgebot schirmte sie ab. 300 Leute wurde festgenommen, hauptsächlich aus den Reihen der Gegendemonstration.



sammeln Unterschriften für den folgenden Aufruf: „Bundeswehr in alle Welt? Wir sagen Nein! Ich protestiere gegen jeden Kriegseinsatz der Bundeswehr. Für die sofortige Auflösung des Kommandos Spezialkräfte in Calw! – Das 960 Mann starke Kommando Spezialkräfte in Calw ist die Speerspitze der Krisenreaktionskräfte (KRRK) der neuen Bundeswehr. Die Einführung und der Einsatz der KSK als Eingreiftruppe hat mit Landesverteidigung nichts zu tun und stellt eine Aufrüstung völlig neuer Qualität dar. Das Kommando Spezialkräfte ist eine Kampf- und Kriegstruppe. Wir fordern deshalb die sofortige Auflösung des Kommandos Spezialkräfte als ersten Schritt einer qualitativen Abrüstung!“

Wer den Aufruf unterschreiben möchte, wendet sich an das Friedensnetz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart.

REP-Veranstaltung verhindert

JENA. 500 meist jugendliche DemonstrantInnen verhinderten am 18. Juli in Jena eine Kundgebung der „Republikaner“. Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer mußte seine vor Rassismus strotzende Wahlkampfreden unter dem Schutz des „Thüringer Heimatschutzes“ und der Polizei vor weniger als 20 REP-AnhängerInnen halten.

Sirenengeheul, Trillerpfeifen und antifaschistische Losungen der 500 Gegen-demonstrantInnen ließen seine Worte ungehört verhallen. Mit Phantasie gegen Rechts! Insbesondere die Junge Gemeinde Jena bereicherte die Gegenaktion mit phantasievollen Beiträgen. In einem Straßentheater stellten die Jugendlichen dar, wie sie Faschismus im Alltag, das Wegschauen der Mehrheit und die Mitläufer rechter Organisationen erleben. Auch die Parteien, die sich in der Regel mit Tatenlosigkeit auszeichnen, SPD, CDU, FDP sahen sich genötigt, sich bei den DemonstrantInnen zu bedanken und sich gegen Rechts zu stellen. Der Oberbürgermeister (FDP) machte jedoch deutlich, daß es ihm um den Kampf gegen den Extremismus ging – also Rechts und Links. *A. Lucifero*

Polizei dringt in Kirchenräume ein: Festnahme und Zwangsabschiebung!

MANNHEIM. Am Dienstag, 14. Juli, ging alles ganz schnell und überraschend. Die von Abschiebung bedrohte kurdische Familie Düzenli hatte in der protestantischen Gemeinde in Mutterstadt (Landkreis Ludwigshafen/Rheinland-Pfalz) endlich ein „vorübergehendes Obdach“ gefunden. Am 13.7. wurde dies in einer Presseerklärung bekanntgegeben.

Am Nachmittag, den 14.7., ließ der Landrat des Kreis Ludwigshafen, Bartholomé (CDU), ca. 20 Polizisten in einer geheimen Blitzaktion die Gemeinderäume der protestantischen Gemeinde stürmen, um den kurdischen Deserteur der türkischen Armee, Abdul Menaf Düzenli, seine Frau und seine beiden Kinder festzunehmen. Der Familie wurde nicht einmal Zeit gelassen, das Notwendigste wie Kleidung oder Babysachen mitzunehmen. Sogar einem anwesenden kirchlichen Mitarbeiter werden vorübergehend Handschellen angelegt, so daß es unmöglich ist, Hilfe zu holen.

Die Familie wurde dann in Polizeiautos zum Flughafen Frankfurt am Main verfrachtet, wo sie einige Stunden später um 18 Uhr 32 mit einem Flugzeug der „Turkish Airlines“ nach Istanbul zwangsabgeschoben wurde.

In der kurzen Zwischenzeit versuchte der Rechtsanwalt von Düzenli, Wolfgang Schmidt, durch einen Eilantrag am Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße, die Abschiebung noch abzuwenden. Doch vergebens - der Eilantrag wurde abgelehnt. Genauso vergeblich wie der Versuch einiger Unterstützer, auf dem Frankfurter Flughafen auf das Schicksal der kurdischen Familie aufmerksam zu machen.

Umgehend wurde der türkische Menschenrechtsverein (IHD) benachrichtigt.

Der Ludwigshafener Landtagsabgeordnete Braun (Bündnis 90/Grüne) und die Landtagsabgeordnete Klamm (SPD) versuchten noch gegen die Abschiebung zu intervenieren, aber weder im Landratsamt noch im Innenministerium war jemand verantwortliches zu erreichen.

In der nun folgenden Zeit wird nun heftig die Frage gestellt werden: Wie konnte das nur passieren? Wähte man die Familie Düzenli zu sicher? Hat man die Staatsmacht unterschätzt? Es wird auch der Frage nachgegangen: Handelte der Landrat im Alleingang oder im Einverständnis mit Innenminister Zuber (SPD). Landrat Bartholomé ließ von Anfang an keinen Zweifel, daß er Düzenli unbedingt abschieben will. Das Engagement einiger Kirchenleute lehnte er als Einmischung in „seinen“ Kompetenzbereich strikt ab. Innenminister Zuber soll schon mal erklärt haben, daß er keine Polizei in kirchliche Räume schicken werde, um Asylbewerber abzuschicken. Hat der Innenminister von nichts gewußt oder hat er sein Wort gebrochen.

Das Presbyterium (Ältestenkreis) des Ältestenkreises von Mutterstadt wird sich die Frage gefallen lassen, ob es denn ausreichend war, statt Kirchenasyl nur ein auf den 27. Juli befristetes „Obdach“ zu geben. Der ökumenische Arbeitskreis „Solidarität mit Ausländern“ und ein Teil des Ältestenkreises hatten zuvor Kirchenasyl gefordert, um die Abschiebung zu verhindern. Ein anderer Teil des Ältestenkreises und ein Teil der Pfarrer wollten die sich abzeichnende Auseinander-



Familie Düzenli am 13. Juli 1998

setzung mit dem Staatsapparat unbedingt vermeiden. Mit dem kirchlichen „Obdach“ glaubten sie, einen Dreh gefunden zu haben, der Familie Düzenli Schutz bis zur Aufnahme eines Asylfolgeantrags geben könnte.

Es ist zu hoffen, daß die Proteste gegen die zwangsweise Abschiebung von Düzenli heftig ausfallen werden. Es wird sicherlich von bundesweiter Bedeutung sein, ob das gewaltsame Betreten kirchlicher Räume durch die Polizei entsprechenden Protest auslöst. In Sachen Kirchenasyl galten Kirchenräume für die Polizei bis jetzt als Tabuzone. In Mutterstadt wurde also ein Tabu gebrochen!

Am Donnerstag, den 16. Juli um 16 Uhr 30, fand wie schon den Donnerstag zuvor vor dem Landratsamt am Europaplatz in Ludwigshafen eine Mahnwache statt. Am 9. Juli ließen die Teilnehmer der Mahnwache dem Landrat Bartholomé einen offenen Brief mit u.a. folgendem Inhalt zugehen: „Jeder, der die Lebensumstände der kurdischen Familie kennt, weiß, daß die Familie, insbesondere aber das Leben des Herrn Düzenli, bei einer Abschiebung höchst gefährdet sind. Herr Düzenli ist als Kurde aus der türkischen Armee desertiert. In Deutschland hat er den türkischen Behörden mitgeteilt, daß er den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigert...“

Wir fordern Sie auf, Herrn Düzenli und seiner Familie eine Duldung/Aufenthalts-erlaubnis zu geben - zumindest zunächst einmal solange wie das Asylfolgeverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Wie wir wissen, läßt Ihr Handlungsspielraum es zu, eine Duldung aus humanitären Gründen (insbesondere bei Gefahr für Leib und Leben) auszusprechen. Wenn Sie Herrn Düzenli und seine Familie abschieben, schieben Sie sie möglicherweise in den TOD ab. Dafür wären Sie dann verantwortlich!“ scr

SCHWEINFURT. Am 18. Juli fand in Schweinfurt eine Demonstration „Schützt die Flüchtlinge! Gegen Kriminalisierung und Abschiebung!“ statt. Die Bürgerinnenaktion „Solidarität statt Rassismus“ und Mitglieder von HADEP setzen sich insbe-

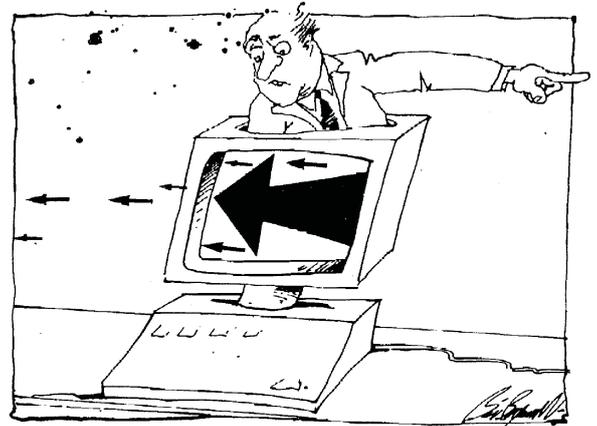


sondere für den Vater Salim der Familie Bozkurt (oben) und die Mutter Gurbet der Familie Kurt ein. Beide Eltern sind Flüchtlinge, müssen getrennt von ihren Familien leben. Sie leben illegal in der BRD und sind jetzt von Abschiebung bedroht.



Wer braucht die Messe?

Regionalflyhafen Baden-Airport, Thermoselect-Müllverbrennungsanlage Karlsruhe, Festspielhaus Baden-Baden, Post-Einkaufsgalerie, Multiplex-Kino und Mendelssohnplatz-Zentrum in Karlsruhe – diese Großprojekte in der Region wurden in letzter Zeit von privaten Wirtschaftsinteressen durchgesetzt, gegen gut begründete Einwände ökologischer, volkswirtschaftlicher, verkehrspolitischer, stadtplanerischer und kultureller Art. Dabei nehmen die Betreiber zum Teil erhebliche Steuermittel in Anspruch, oder sie wälzen Folgelasten auf die Allgemeinheit ab. In dieser Reihe ist das nächste millionenschwere Vorhaben die „Neue Messe Karlsruhe“.



Für den Ausbau der Karlsruher Messe auf der fünffachen Fläche, vorläufig mit um die 150 Millionen DM beziffert, die entsprechenden Betriebs- und Folgekosten kommen hinzu, werden die Eigentümer – die städtische Karlsruher Kongreß- und Ausstellungs-GmbH KKA und die private Hinte Messe- und Ausstellungs-GmbH – nur einen kleinen Beitrag aus selbst erwirtschafteten Mitteln aufbringen können. Im Fall der Messe, oder Regionalmesse, geht es um viel öffentliches Geld. Keine andere städtische Aktivität darf so viel kosten und muß so wenig einbringen wie das Kongreß- und Messewesen. Die Kostendeckung liegt bei einem Viertel. Im Sozialwesen wird gekürzt, in der Kultur ebenso, die Stadtverwaltung gibt Stellen auf – da sind Fragen angebracht: Ist die öffentliche Investition in die Messe gerechtfertigt? Was ist wirtschafts-, regional- und kulturpolitisch der Sinn dieser Messe? Wer braucht sie?

Das Sagen hat hier die interessierte Wirtschaft selbst zusammen mit der sogenannten Wirtschaftsförderung der Stadt. Sie argumentieren mit Begriffen wie „Sekundärnutzen“, „Umwegrentabilität“, „Multiplikator-Wirkung“ und „indirekten Effekten“ für Stadt und Region. Demnach entstehen 1000 neue Arbeitsplätze – aber nicht etwa im Messebetrieb, sondern die meisten angeblich in Branchen, die näher oder entfernter mit der Messe zu tun haben. Demnach verdient die Region 150 Millionen DM jährlich durch die Messe dazu – aber wie diese Summe sich verteilen soll, bleibt spekulativ. In solche Rechnungen gehen jede Menge Faktoren und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge ein, die auf Annahmen beruhen oder sich nicht nachprüfen lassen. Es wird zwar einmal vernetzt gedacht, und solche Effekte gibt es auch, aber wie bedeutend sie sind und in welche Richtung sie laufen, ist kaum feststellbar. Es fehlt die Erfolgskontrolle, die sonst in der Wirtschaft zu den Grunderfordernissen der Betriebsführung gehört. Stattdessen kann mit Gutachten, „Untersuchungen“ und Zahlen ein Allgemeininteresse vorgeschoben werden. Mit wissenschaftlichem Anspruch wird verschleiert, wem die Investitionen direkt und hauptsächlich zugute kommen: den ausstellenden Unternehmen von überallher, die eine hochsubventionierte Platt-

form für Werbung und Geschäftskontakte erhalten, der halbprivaten Messegesellschaft und einigen weiteren Privatunternehmen in Gastronomie, Messebau und der PR-Branche.

Was bringt die Messe aber den Bürgerinnen und Bürgern, die sie bezahlen sollen? Darauf muß es nachvollziehbare Antworten geben.

Eine Antwort kann nicht sein, daß Arbeitsplätze geschaffen würden. Größere Hallen bedeuten kaum mehr Stellen, auch nicht in den beteiligten Dienstleistungsfirmen. Der Messebetrieb wird häufig mit Billigarbeitsverhältnissen oder Studijobs abgewickelt, an denen sich auch anderweitig Bedarf fände. Ein indirektes Stellenplus durch die Kaufkraft der Messebesucherinnen und -besucher ist nicht plausibel: Sie würden auch ohne Messe Geld ausgeben, und den Umsätzen in der Region durch die Gäste von auswärts entsprechen langfristig ziemlich genau die Ausgaben, die der Region dadurch entgehen, daß Menschen von hier Messen woanders besuchen. In jedem Fall ist abzuwägen, ob derart immense Fördermitteln nicht besser direkt, sichtbar und ohne Streuverluste in Arbeitsplätze investiert werden können.

Eine Antwort kann auch nicht sein, daß die regionale Wirtschaft gefördert werde. An erster Stelle wird dabei meistens die Gastronomie genannt. Dabei handelt es sich um eine willkürliche indirekte Subvention für eine Branche. Mit gleichem Recht könnten andere Branchen eine entsprechende Millionen-Förderung ihrer Mitglieder verlangen. Mit freier Marktwirtschaft, Leistungsprinzip und gerechten Chancen hat dies nichts zu tun.

Eine Antwort kann weiter nicht sein, daß der Informationsaustausch auf einer Messe für den Wirtschaftsstandort und seinen Wohlstand wichtig sei. Die üblichen Messen werden gerade für ein größeres räumliches Gebiet – und sei es als „Schaufenster der Region“ – veranstaltet und bieten Ausstellern oder Gästen von weiter her das Gleiche. Sie verschärfen so allenfalls die Konkurrenz. Im allerorten expandierenden Messegeschäft ergibt sich volkswirtschaftlich ein Nullsummenspiel.

Eine Antwort kann auch kaum sein, daß Messen einen Unterhaltungswert

hätten. Für ein weiteres Freizeitangebot, das wie Einkaufssonntage auf Konsum ausgerichtet ist, sind die öffentlichen Mittel nicht zu rechtfertigen. Kultur wird auf andere Weise sicher besser gefördert. Richtig ist nur, daß ein kleiner Teil des öffentlichen Aufwandes über Steuern wieder in öffentliche Kassen zurückfließt.

Der öffentliche Nutzen einer Messe ist im übrigen meist nur ein Versprechen, während der Schaden Gewissheit ist: Stadt und Region verpulvern Steuermittel, die dann bei der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger fehlen: bei Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Beratungsstellen, Kultureinrichtungen. Die Allgemeinheit trägt schließlich auch noch das wirtschaftliche Risiko, wenn das Messegeschäft durch die Konjunktur oder aus anderen Gründen ein Mißerfolg wird.

Ökologisch bedeutet eine Messe Verkehr und Transporte, die selten umweltverträglich abgewickelt werden. Die neuen Messen mit ihrem Flächenverbrauch versiegeln außerdem Böden, zersiedeln die Landschaft, erfordern Straßenbau, verstellen Frischluftschneisen. Solche Belastungen entstehen an jedem neuen Standort, der in Frage kommt.

Geht es auch anders? Denkbar ist für Karlsruhe und die Region eine Messe, die vorhandene Gebäude und Infrastruktur nutzt, die mit den Möglichkeiten medialer Vernetzung arbeitet, die nicht auf Größe, sondern auf Qualität setzt. Sie könnte ein Forum für Forschung, Entwicklung, Produktion, Anwendung und Dienstleistungen in der Region sein. Dort könnten Wissenschaft und Wirtschaft mit der Gesellschaft ins Gespräch kommen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Ort, um anhand von konkreten Beispielen über Technologien und deren Folgen zu diskutieren, um gemeinsam Leitbilder der wirtschaftlichen Entwicklung der Region zu entwerfen, um sich über Lösungen ökologischer und sozialer Probleme zu verständigen. Eine solche Messe würde den Einsatz von Steuermitteln rechtfertigen. Andernfalls kann die Messe öffentliche Zuschüsse nur erwarten, wenn sie keine Umweltschäden verursacht, und auch dann nur in Höhe ihrer nachgewiesenen Leistungen für die Allgemeinheit. *Matthias Kunstmann*

Kindergartenbetreuung – und zwar gebührenfrei!

Berliner Vertreibungs- politik

STUTTGART. In einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung von Eltern des Gesamtelternbeirats (GEB) Stuttgart und Erzieherinnen der ÖTV-Betriebsgruppe wurde nochmals festgehalten: Kindererziehung in den Kindertagesstätten muß gebührenfrei sein! (Siehe auch PB Nr. 13/98)

Berlins Innensenator Schönbohm (CDU) sorgte wieder einmal für bundesweite Schlagzeilen: In einer Nacht- und Nebel-Aktion wurden von seiner Innenbehörde am 9. und 10. Juli 74 bosnische Flüchtlinge gewaltsam abgeschoben.

Dazu muß die Diskussion um den Bildungsauftrag der Kitas erneut in die Öffentlichkeit gestellt werden. Das jahrelange Zurückschrecken vor der offensiven Propagierung dieser Forderung zugunsten der Spardiskussion, es sei halt kein Geld in den Kassen, ist nicht weiter einzusehen. Geld ist da, aber es wird falsch verteilt.

Bereits am zweiten Tag der Aktion gab es heftige Kritik in der Öffentlichkeit. Der grüne Abgeordnete Riza Baran forderte Schönbohm auf, seine Aktion sofort zu beenden. Die Abgeschobenen seien vor der Aktion nicht informiert worden und hätten so nicht einmal die Chance gehabt, ihre Abschiebung vom Verwaltungsgericht überprüfen zu lassen. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der PDS, Karin Hopfmann, warf Schönbohm „Vertreibungspolitik“ vor und nannte das Schicksal einer kroatischen Familie, die in den Abschiebegehwahrsam gebracht worden war, obwohl ein Familienmitglied, Mutter von drei Kindern, ein ärztliches Attest vorgelegt habe. Die Sprecherin von „Asyl in der Kirche“, Elisabeth Reese, protestierte gegen die menschenunwürdigen Umstände der Abschiebungen. So sei ein Mann in Pyjama abgeschoben worden. Sie appellierte an die Ausländerbeauftragte, Frau Barbara John (CDU), die Massenabschiebungen zu verhindern.

Das Jugendamt legt eine neue Gebührenordnung vor, die für alle Kinder einrichtungen gelten soll. Neu ist dabei, daß auch die Gebühren für die Kindergärten einkommensgestaffelt erhoben werden sollen. Gegen diesen Vorschlag sprechen u.a. die vorgesehene Öffnung für stundenweise Betreuung und Platzsplitting von Kinderplätzen.

Jedes Kind hat ein Recht auf eine mindestens sechsstündige Kindergartenbetreuung und -förderung. Und solange diese noch nicht gebührenfrei ist, muß sie sehr billig sein, denn sie muß für alle Familien bezahlbar sein.

In der vorgeschlagenen Gebührenordnung wird ausgegangen vom Sozialhilfesatz als Berechnungsgrundlage für die Gebühren. (Wir berichteten bereits in den Politischen Berichten 13/98). Sie sieht außerdem vor, daß das Sozialamt für alle Nutzer der Einrichtungen einen Familienpaß erstellen will, das würde im Klartext heißen, jede Familie muß ihre Einkommensverhältnisse dem Sozialamt offenlegen. Die Überlegungen scheinen auf den ersten Blick unsinnig, denn der Aufwand, der dadurch entstehen würde, wäre enorm. Außerdem ist uneinsichtig, was das Sozialamt mit allen Familien, die einen Kindergartenplatz brauchen, zu tun haben soll. Wie immer steckt eine knall-

harte Rechnung dahinter. Das Zurückschrecken der Familien vor diesem Gang zum Sozialamt wird als Einsparung von ca. 3 Millionen Mark vorausgerechnet! Denn wer diese Offenlegung nicht will, wird dann den Höchstsatz bezahlen müssen.

In drei Stufen soll das neue Modell gegliedert sein, bei der geltenden Ordnung sind es 9 Stufen. Bei Sozialhilfeempfängern übernimmt die Stadt die Kosten wie bisher auch. Gut ist, daß es eine Grundstufe geben soll, die für alle Betreuungsarten gleich ist, dann aber ein Ganztagsbetreuungszuschlag und ein Essenzuschlag erfolgen. Dies würde der Forderung nach einer Mindestbetreuung entgegenkommen.

Die Hortdiskussion ist um einiges komplizierter ausgefallen. Denn hier hat die Stadt schon erreicht, was bei den Ganztageseinrichtungen vorgesehen ist: Durch hohe Gebühren ist der „Bedarf“ zurückgegangen. Immer mehr Eltern greifen auf die Kernzeitenbetreuung in der Schule zurück, die weder den pädagogischen Anforderungen und noch nicht einmal den zeitlichen Anforderungen entgegenkommt. Aber sie ist eben viel billiger. In den Familien muß immer mehr gerechnet werden.

Dieses Rad zurückzudrehen scheint fast aussichtslos. Nötig ist es aber immer mehr, denn die Verwahrlosung nimmt enorm zu, und weder Eltern noch Erzieher wünschen mehr und härtere Strafmaßnahmen gegen Kinder und Jugendliche, deren Frust sich eventuell in den Kriminalstatistiken zeigt oder in großen persönlichen Problemen, die nicht in Statistiken auftauchen.

Hier gab es schon Programme, die Wege für die verschiedenen Altersstufen aufzeigten. Ein reduziertes Angebot, beispielsweise ein Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung, oder ein Mittagessen und die Ansprache einer Bezugsperson, nach der Schule, wären in dieser Altersstufe vorstellbar. Aber zugunsten der billigeren Lösung Kernzeit kamen alle diese Vorschläge hinter Verschuß.

Um hier etwas entgegenhalten zu können, ist eine gemeinsame Artikelserie in den beiden örtlichen Publikationen der Eltern („Dreikäsehoch“) und der Erzieherinnen („Betrifft Jugendamt“) geplant. Hier sollen die wichtigsten Themen aus beiderlei Sicht aufgearbeitet werden. Zunächst ist ein Artikel vorgesehen zu den Themen: Bildungsauftrag, Wünsche der älteren Kinder und Jugendlichen und die Summen, die diese Aufgaben dem Stadthaushalt kosten werden. *unb*



Am 15. Juli griff der frühere EU-Administrator in Mostar, der SPD-Politiker Hans Koschnick, Innensenator Schönbohm schroff an: „Die Form dieser Abschiebungen war verhängnisvoll, wenn man nachts einbricht wie zu Gestapo-Zeiten“. Die Abschiebungen seien ein „Akt der Unmenschlichkeit“. Der kritisierte Innensenator fand diese Kritik „un glaublich“.

Am nächsten Tag schlossen sich dann auch die beiden Berliner Bischöfe Wolfgang Huber (evangelische Kirche) und Georg Kardinal Sterzinsky (katholische Kirche) der Kritik an Schönbohm an. In einem gemeinsamen Brief an den Regierenden Bürgermeister Diepgen kritisierten sie, mit der Aktion habe Berlin zudem eine internationale Übereinkunft unterlaufen. Sie forderten Diepgen auf, „die Umstände der Festnahme- und Abschiebeaktion zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen“, damit sich dies nicht wiederhole.

Nach Angaben des Senats lebten in Berlin Anfang 1997 ca. 28.000 bosnische Flüchtlinge. Seitdem seien etwa 8.000 freiwillig zurückgekehrt. Seit Jahresanfang 1998 wurden in Berlin 107 bosnische Flüchtlinge gegen ihren Willen abgeschoben, 2.058 seien im gleichen Zeitraum freiwillig zurückgekehrt. 3.795 Flüchtlinge hatten vor der Abschiebeaktion bereits angekündigt, im Sommer zurückkehren zu wollen. *rül*

Rechtsextremisten bald im Schweriner Landtag?

Von Peter Ritter

Sonntag, 26. April 1998 – Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Mit 13 Prozent zieht die DVU in den Landtag ein. Die Reaktion fast überall: Bestürzung. Dieses Wahlergebnis jedoch ist kein Naturereignis, das plötzlich über uns gekommen ist. Es ist das Ergebnis einer Politik, die blühende Landschaften versprach, aber Arbeitslosigkeit, Demokratie- und Sozialabbau brachte.

Reaktionen von führenden CDU-Politikern belegen ihre Unfähigkeit und Unwilligkeit, an dieser Politik etwas zu ändern. Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern stellt wenige Tage nach der Wahl in Sachsen-Anhalt fest, daß rechtsextreme Parteien auch in den Schweriner Landtag einziehen werden, allerdings nicht so stark wie in Sachsen-Anhalt. Punkt. Ursachenforschung – Fehlanzeige! Lösungsmöglichkeiten – Fehlanzeige!

Die PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern machte nicht erst seit dem Wahlergebnis von Magdeburg auf diese Entwicklung aufmerksam. Mit Anträgen, Anfragen und Aktuellen Stunden haben wir Fragen des Rechtsextremismus thematisiert, Lösungsmög-

lichkeiten gefordert und aufgezeigt. Reaktionen: Bei uns ist ja alles noch nicht so schlimm, wir haben alles im Griff.

Die Realität aber ist eine andere. 1997 gab es nach Angaben des LKA 434 Straftaten mit rechtsextremer Motivation, davon 82 Gewalttaten, davon wiederum 51 mit mutmaßlicher fremdenfeindlicher Motivation (1996: 45/31). Musikveranstaltungen mit rechtsextremem Hintergrund waren auch 1997 ein Schwerpunkt. 23 solcher Konzerte fanden statt, mit 200 bis 600 Besuchern. Ca. 250 Personen werden derzeit dem Neonazismus zugeordnet, diese treten anlaßbezogen (Heiß-Gedenkveranstaltungen, Sommersonnenwendfeiern ...) in Erscheinung.

Rechtsextreme Gewalt ist, wie nach den Zeltplatzrandalen der letzten Jahre, im öffentlichen Gespräch. Über die geistigen Hintermänner solcher Entwicklungen war bisher kaum etwas zu lesen oder zu hören. Im Verfassungsschutzbericht 1997 für Mecklenburg-Vorpommern ist zu lesen: „Auch im Jahr 1997 war es den rechtsextremistischen Parteien – abgesehen von Erfolgen der 'Nationaldemokratischen Partei (NPD)' – nicht möglich, in Mecklenburg-Vorpommern funktionierende und arbeitsfähige Strukturen aufzubauen.“

Ich glaube nicht, daß die rechtsextremen Parteien in Sachsen-Anhalt solche „funktionierenden Strukturen“ hatten, dennoch erreichten sie die bekannten Ergebnisse. So wie es NPD-Vormann Eisecke ankündigte, marschiert die NPD „mit Fahnen und Transparenten“ durchs Land, wobei „einheimische Kameraden über die Lager des Landes sprechen“. So ist es am 13.6. in Anklam geschehen, so soll es am 19.9. bei der NPD-Wahlabschlußkundgebung in Rostock passieren.

Auch ohne die Herausgabe von persönlichen Daten durch die Meldeämter verschickt DVU-Chef Frey gezielt Wahlwerbung per Post. So erhielten vor kurzem Gewerbetreibende eines Einkaufszentrums in Stavenhagen einen Brief mit Wahlprogramm, Eintrittserklärung und Spendenformular. Eine der „Wahlaussagen“: „Mecklenburg-Vorpommern muß deutsch bleiben“. Bei einem Anteil von 1,7% Ausländerinnen und Ausländern im Land eine mehr als absurde Forderung.

PDS-Aktivitäten: Appelle gegen Rechts, Volksinitiative für die Jugend ...

Noch ist es ein Wahlkampf ohne Gesichter, aber mit vielen ebenso einfachen wie menschenverachtenden Parolen.

Mit dem Wissen um die Wahlergebnis-

TON

Neonazi-Radio wieder im offenen Kanal

Von Alice Ströver

Nun sendet er wieder. Der stadtbekannteste Neonazi Mike Penkert, Kopf der Kameradschaft Beusselkiez, darf nach einem Jahr wieder im Offenen Kanal Berlin sein „Radio Germania“ verbreiten.

Nachdem es im vergangenen Jahr heftige Auseinandersetzungen über dieses Programm auch im Medienausschuß des Abgeordnetenhauses gegeben hat war vom Medienrat in der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ein Sendeverbot verhängt worden. Dieses Sendeverbot wurde für ein Jahr ausgesprochen. Deswegen konnte „Radio Germania“ nun wieder im Offenen Kanal in der Voltastraße erscheinen und sein vorproduziertes Programm senden lassen.

Am 12. Mai um 23.00 Uhr war es soweit, mit „Heil, ihr Kameraden“ begrüßte Penkert seine Hörer. Passend zum 8. Mai verbreitete er sich über die „Befreiungslüge“ und erklärte Adolf Hitler zum „letzten legitimen deutschen Kanzler“. Er kritisierte die „Systempolizei“,

die die Linken am 1. Mai in Leipzig unbehelligt gelassen, den NPD-Aufmarsch aber nicht ausreichend geschützt hätten. Neben einer Vielzahl von antisemitischen Sprüchen wurde Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, persönlich diffamiert.

Nazilieder wurden eingespielt, doch anders als im vergangenen Jahr wurden nun keine Titel und Interpreten der braunen Lieder genannt. Das vermutlich in der Absicht, die Prüfung, inwieweit es sich um verbotene oder indizierte Gesänge handelt, zu erschweren. Auch die Verlegung der Sendezeit auf nach 23.00 Uhr wird jetzt erneute Sanktionen erschweren, denn Jugendschutzbestimmungen sind nach 23.00 Uhr nur noch eingeschränkt anzuwenden.

Schwere Jugendgefährdung hatte der Gutachter des Medienrates vor einem Jahr dem Neonazi-Radio bescheinigt und damit den Medienrat zum Handeln gezwungen. Damals hat der Medienrat erst auf erheblichen öffentlichen und politischen Druck überhaupt das befristete Sendeverbot ausgesprochen. Es war ein schwerer politischer Fehler, daß der Medienrat nicht schon im vergangenen Jahr ein dauerhaftes Sendeverbot ausgesprochen hatte, dann wäre man

zumindest Penkert und seine braune Soße im Offenen Kanal los geworden. Der Offene Kanal wird mit den wachsenden Entscheidungen, die ein Medienrat bei eindeutigen Verstößen ausspricht, immer mehr in Mißkredit gebracht. Manchmal hat man den Eindruck, daß es dem Medienrat ganz recht ist, wenn der Offene Kanal Negativschlagzeilen macht. Dabei ist es wichtig, daß der Offene Kanal bleibt, daß er offen ist für alle, grundsätzlich Meinungsfreiheit ermöglicht. Dafür wird er aus Rundfunkgebühren finanziert. Andererseits ist höchste Aufmerksamkeit vonnöten, wenn eindeutige Rechtsverstöße vorliegen. Doch hier hat man in der Vergangenheit das Gefühl, daß die Mitglieder dieses Gremiums auf dem rechten Ohr schlecht hören.

Es ist zu hoffen, daß uns die DVU-Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt und die NPD-Aufmärsche in Leipzig und der geistige Müll der Neonazis à la Penkert erspart bleiben sowie, daß der Medienrat wach wird und schnell und eindeutig handelt.

Alice Ströver ist Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus.

se in Sachsen-Anhalt, mit dem Wissen, daß 8 Prozent auf jeden Fall und 8 Prozent in besonderen Situationen rechtsextreme Parteien wählen wollen, müssen wir in den nächsten Wochen bis zu den Landtags- und Bundestagswahlen in die Offensive gehen. Mögliche Schritte dafür diskutierten PDS-Landesvorstand und Landtagsfraktion sowie die Vorsitzenden der Kreisverbände und Kreistagsfraktionen.

Die in die Kommunalparlamente eingebrachten „Appelle gegen Rechts“ gehören genauso dazu wie die Anfang Juni gestartete Volksinitiative „Der Jugend eine Zukunft – Berufliche Erstausbildung und Beschäftigung für Jugendliche“.

In den letzten Wochen haben sich in verschiedenen Städten des Landes Aktionsbündnisse gegen rechts gebildet, die aufklären wollen und Protest z.B. gegen Nazi-Aufmärsche organisiert haben und organisieren werden.

Aufklärung und das Vermitteln von Argumenten ist aber auch in den Reihen der PDS selbst notwendig. „Unbequeme“ Politikinhalt werden oft nicht couragiert und offensiv genug in der Öffentlichkeit vertreten. Stimmungen gegen Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht geduldet werden, denn die Verknüpfung von sozialen Spannungen und Rassismus ist ein Grundprinzip des Rechtsextremismus. Die Information über die Lebensbedingungen der Ausländerinnen und Ausländer, über die Gründe, warum sie ihre Heimat verließen, über die alltägliche Diskriminierung, die sich auch in unserem Land ereignen müssen, ist daher ein wichtiger Bestandteil der gegenwärtigen Arbeit.

Wir wissen, daß der „rechte Rand“ längst in die Mitte der Gesellschaft gerückt ist. Deshalb ist es wichtig, daß jede/r dazu beiträgt, daß sich Rechtsextremismus als Alltagskultur nicht verstärkt und ausbreitet. Die Argumentation gegen Rechts ist daher auch fester Bestandteil der „PDS-Städte-Tour“, die durch 48 Städte des Landes führt.

Alle Argumentation aber hilft nicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger im Land nicht merken, daß ihre Sorgen ernst genommen werden. Wer wie der Hamster auf dem Laufrad alle vier Jahre zur Wahl rennt und dann merkt, daß er sich doch nur im Kreis dreht, sieht allzu schnell den Ausweg im Wahldenkzettel. 69 Prozent von Befragten im Juni in Mecklenburg-Vorpommern gaben als Motivation für rechtsextreme Wahl an: „weil nur dann die etablierten Parteien aktiv werden“. Die „Weiter-so-unser-Kurs-ist-richtig“-Politik der Regierung auch dieses Landes zeigt, daß diese Warnungen bis heute ungehört blieben. Ist sich der Ministerpräsident des Landes deshalb so sicher, daß Rechtsextreme auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen?

Peter Ritter ist Landtagsabgeordneter der PDS in Mecklenburg-Vorpommern.

620-DM-JOBS: Köln. Die PDS hat an den Rat der Stadt Köln einen Bürgerantrag gestellt, mit dem die Ver-

waltung aufgefordert wird, über die Anzahl ungesicherter Arbeitsverhältnisse bei der Stadt sowie bei den stadt-eigenen Gesellschaften Auskunft zu geben und darzulegen, in welchem Umfang bei Auftragnehmern der Stadt solche Arbeitsverhältnisse bestehen. Außerdem wird die Kommune aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Personalräten Vorschläge zur Umwandlung dieser Verträge in sozialversicherungspflichtige (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse zu erarbeiten und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bzw. Fördermittel entsprechende Maßstäbe an die Firmen anzulegen. Ende Juni wurde dieser Bürgerantrag im Beschwerdeausschuß des Rats verhandelt und gegen den erklärten Willen der Verwaltung mit den Stimmen von SPD und Grünen vertagt. In der Diskussion bezog sich eine Vertreterin der Grünen positiv auf den Antrag; und in der zunächst zögerlichen SPD-Fraktion hatte sich schließlich die Erinnerung an gewerkschaftliche Positionen durchgesetzt.

UMWELTSTANDARDS: Rosstal. Um einem bereits eingeleiteten Bürgerbegehren zuvorzukommen, erteilte das Fürther Landratsamt schon nach zehn Wochen die Genehmigung für die Ansiedlung eines japanischen Chemiekonzerns zur Wiederaufbereitung von Leuchtstoffschlämmen – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Das brachte die Bürgerinitiative in dem 700-Einwohner-Ort auf die Barrikaden: Scheibchenweise geben Amt und Konzern „immer nur das zu, was wir ihnen beweisen konnten,“ protestieren sie. Der Bund Naturschutz spricht von einem bayernweit einmaligen Vorgang des Abbaus von Umweltstandards.

GEDENKTAFEL: Frankfurt/Main. Seit über 7 Jahren bemüht sich die Roma-Union um die Anbringung einer Mahntafel am Stadtgesundheitsamt. Sie soll auf die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti hinweisen und die beiden maßgeblichen NS-Rassenforscher Robert Ritter und Eva Justin benennen, die trotz ihrer Verbrechen nach 1947 im Gesundheitsamt Frankfurt Anstellungen fanden. Mit Stimmen der SPD, der CDU und einer Stimme der Republikaner entschied der Ortsbeirat Gallus am 7.7.98, das Anliegen der Roma-Union abzulehnen. Lediglich die Fraktion der Grünen befürwortete geschlossen die Anbringung der Tafel. Die Mehrheit der Beiratsmitglieder behauptete, daß durch die Nennung der beiden Namen von anderen Tätern und Helfershelfern abgelenkt würde. Darüber ist die Roma-Union sehr ent-

täuscht: „Dort, wo Geschehnisse auch konkret maßgeblich verantwortlichen Personen zuzuordnen sind, müssen deren Namen genannt werden.“

SELBSTHILFE: München. Während Sozialministerin Barbara Stamm in der Presse ein Lob auf die Selbsthilfeinitiativen verbreiten läßt, geht sie gerade diesen Gruppen an den Kragen. Darauf wies jüngst die Bayerische Krebsgesellschaft hin. 1996 gab es für ein Gruppenmitglied noch 100 Mark pro Jahr. In diesem Jahr sind es nur noch 50 Mark. „Wir müssen damit rechnen, daß 1999 überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung steht“, befürchtet Luwig Lutz, Oberarzt am Münchner Krankenhaus in Harlaching und Generalsekretär der Bayerischen Krebsgesellschaft. Daß es für Selbsthilfegruppen meist nur Lob, aber kein Geld gibt, liegt seiner Ansicht nach an der minimalen politischen Lobby, „aber die Zeit, in der Krebsbetroffene kuschen, ist vorbei“.

SPORTSTÄTTEN: Berlin. Dr. Walter Kaczmarczyk, der sportpolitische Sprecher der PDS-Fraktion, kritisiert die drohende Schließung von 8 Bädereinrichtungen. Er erklärt: „Nicht nur die Kondition der Berliner Bäder, die Kondition der Berliner Sportstätten insgesamt ist jämmerlich. Hatte Ex-Sportsektor Klemann wenigstens noch einen Sanierungsbedarf von 2 Mrd. DM für die Sportstätten angemeldet, so drohen unter der Politik der jetzigen Senatorin Stahmer Berlins Sportstätten im wahrsten Sinne des Wortes baden zu gehen. Das Vereinsbautenförderprogramm ist auf eine lächerliche Größe zusammengeschrunpft. Wird diese Sarpolitik fortgesetzt, müssen in drei Jahren 100 Kunstrasenplätze geschlossen werden. Nachdrücklich unterstütze ich deshalb die Forderungen des Sportbundes, für die Sanierung der Sportstätten jährlich 50 Millionen DM bereitzustellen und das Vereinsbautenförderprogramm mit jährlich 15 Millionen DM einzuplanen.“

STADT-UMLAND: Dresden. Die Abgeordneten der CDU-Mehrheitsfraktion haben im Landtagspräsidium am 16. Juli Anträge der SPD sowie der PDS abgelehnt, die darauf hinausliefen, die abschließende Beratung der Stadt-Umland-Gesetze im Zuge der Gebietsreform so lange auszusetzen, bis über den eingereichten Volksantrag zu dieser Thematik im Landtag entschieden worden ist. SPD und PDS argumentierten übereinstimmend, daß die Volksgesetzgebung konterkariert werde, wenn eine ergebnisoffene Behandlung de facto nicht mehr möglich ist. Die CDU jedoch drückte die 2. bzw. 3. Lesung durch. Bleibt abzuwarten, was das Plenum dazu sagt – oder gar der Verfassungsgerichtshof. *Zusammenstellung: haf*

Etwa 8000 Teilnehmer haben nach Angaben der IG Metall am 11. Juli an der Kundgebung auf dem Stuttgarter Schloßplatz teilgenommen, „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“, für einen Regierungs- und Politikwechsel. Die Teilnehmer kamen aus dem Großraum Stuttgart, aus Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden. Die Transparente richteten sich gegen den Abbau sozialer Rechte, gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, für mehr Arbeitsplätze und Arbeitszeitverkürzung. Auszubildende und Jugendvertretungen hatten ihre Kritik und Forderungen zu einem mehrere hundert Meter langen Transparent zusammengeknüpft. Als Hauptredner faßte der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel die gewerkschaftliche Kritik an der Regierungspolitik der letzten Jahre zusammen und forderte eine politische Wende mit Schwerpunkt „Bündnis für Arbeit“. Den designierten Wirtschaftsminister einer Schröder-Regierung, Stollmann, kritisierte Zwickel scharf. Konkrete Forderungen an eine neue Regierung mied er gleichwohl. Ebenso jeden Hinweis auf sein Spitzengespräch mit dem Unternehmerverband Gesamtmetall wenige Tage zuvor mit Stichworten wie Ausbildung und „holländisches Modell“ gegen Arbeitslosigkeit. (rok)



PDS-Antrag Arbeitszeitgesetz:

1 Million Arbeitsplätze durch Änderung des Arbeitszeitgesetzes!

Kürzlich brachte die PDS einen Antrag auf eine Arbeitszeitgesetznovelle in den Bundestag ein: „Überstunden abbauen und die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden begrenzen - Das Arbeitszeitgesetz beschäftigungsorientiert novellieren“ (DS 13/10015).

Die Arbeitszeitgesetznovelle soll am 1. Januar 1999 in Kraft treten und mindestens die folgenden Regelungen enthalten: • Die regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt 35 Stunden. Sie ist grundsätzlich auf fünf Tage - in der Regel von Montag bis Freitag - gleichmäßig zu verteilen. • Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit darf sieben Stunden nicht überschreiten. • Die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz ist von gegenwärtig 60 Stunden auf 40 Stunden zu senken. • Die tägliche Arbeitszeit kann auf bis zu acht Stunden - und nur in sachlich besonders gut begründeten Ausnahmefällen darüber hinaus - verlängert werden; sie ist innerhalb eines Ausgleichszeitraumes von maximal sechs Monaten auf durchschnittlich sieben Stunden auszugleichen. • Die Jahresarbeitszeit darf 1.540 Stunden nicht

WEITERES BAG-URTEIL GEGEN SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT: Pauschal bezahlte Journalisten können rechtlich gesehen Arbeitnehmer sein, wenn sie beispielsweise durch Dienstpläne fest in den Arbeitsablauf einer Redaktion eingeplant sind und Aufträge im Grunde nicht ablehnen können. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel am Freitag im Fall eines sächsischen Fotoreporters (AZ: 5 AZN 154/98).

Der Fotograf war vertraglich verpflichtet, monatlich mindestens 80 Fotos abzuliefern. Hierfür erhielt er eine Pauschale von 5500 Mark. Laut Vertrag war er „selbständiger Unternehmer“, mußte jedoch „im Rahmen betrieblicher Prioritäten freie Arbeitskapazitäten bereit halten“.

Das sächsische Landesarbeitsgericht (LAG) gab der Klage auf einen festen Arbeitsplatz statt: Der Verlag habe im Umfang eines vollen Arbeitsverhältnisses über den Fotografen verfügt. Sein Recht zu Absagen von Aufträgen habe nur formal bestanden. Der Verlag habe vielmehr erwartet und sei auch darauf angewiesen gewesen, daß der Fotograf die ihm zugeordneten Dienste wahrnehme.

Eine Revision ließ das BAG nicht zu. Der Verlag hatte argumentiert, das LAG-Urteil widerspreche der höchstrichterlichen Rechtsprechung, wonach bei Fotoaufträgen die feste Vorgabe von Ort und Zeit noch nicht zu einem Arbeitsverhältnis führt. Nach Ansicht des BAG besteht ein solcher Widerspruch jedoch nicht; das BAG wies die Beschwerde ab.

(aus dem CL-Netz)

TARIFABSCHLUß KINO: Schlichtungsergebnis: 2,9 Prozent mehr Lohn Jahressonderleistung 600 DM - Verhandlungen über Großkinos ab August. Die Löhne und Gehälter sowie die Mehrtheaterzulagen der Kinobeschäftigten sollen rückwirkend zum 1. Juli 1998 um 2,9 Prozent steigen, die Jahressonderleistung wird von 500 auf 600 DM angehoben. Dies sieht ein Schlichtungsspruch vor, der am 9. Juli nach zweitägigen Verhandlungen in Köln ergangen ist. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen.

Das zentrale Ziel der IG Medien, die Einkommensbedingungen der Kino-Beschäftigten wirklich spürbar zu verbessern, wird mit dem Schlichtungsspruch nicht erreicht.

Die IG Medien entscheidet am 15. Juli über die Annahme des Schlichtungsergebnisses. Sollte der Schlichtungsspruch von den Tarifparteien angenommen werden, kommt es durch die lineare Erhöhung von 2,9 Prozent - die über den Abschlüssen der meisten anderen Branchen liegt - zur Anhebung der Stundenlöhne zwischen 31 und 51 Pfennigen. Eine einheitliche Erhöhung aller Stundenlöhne um 40 bis 50 Pfennige ließ sich nicht durchsetzen. Die IG Medien hatte ursprünglich eine Anhebung um eine Mark gefordert. Zusammen mit der Erhöhung der Jahresleistung beträgt die Steigerung der Tarifeinkommen im Schnitt 3,3 Prozent. Die IG Medien wird am 15. Juli darüber entscheiden, ob der Schlichtungsspruch angenommen wird. Die Erklärungsfrist endet am 17. Juli.

PM

IG Metall und Gesamtmetall:

Phönix stört „neue Partnerschaft“

Die „Spitzengespräche“ der IG Metall mit den Metallarbeitgebern Anfang dieses Monats erbrachten eine Reihe von Übereinstimmungen. Für die von vielen Kommentaren festgestellte „Entspannung“ gegenüber den schroffen Auseinandersetzungen zur Zeiten der Streiks um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist jedoch wohl weniger ein angeblicher Stimmungswandel, als vielmehr das „gute Geschäft“ verantwortlich.

So stellten die beiden Tarifvertragspartner als erstes gemeinsam fest, daß sich die Wettbewerbsposition der Metallindustrie seit dem vergangenen Jahr deutlich verbessert habe und dazu ihre Tarifpolitik einen wesentlichen Beitrag geleistet habe. Die Arbeitgeber sind in der Regel

überschreiten. • Um den vollen Lohnausgleich für Beschäftigte mit Jahresnettoeinkommen bis zu 60.000 DM zu gewährleisten, ist Betrieben und Einrichtungen, die die Wochenarbeitszeit um mindestens zehn Prozent verkürzen und mit Neueinstellungen in entsprechendem Umfang verbinden, eine befristete und stufenweise zu regelnde Beihilfe für den Lohnausgleich aus dem Bundeshaushalt zu gewähren.

Warum diese Vorschläge? Sicher, Arbeitszeitpolitik ist vordringlich Aufgabe der Tarifpartner. Das Arbeitszeitgesetz gibt dafür den rechtlichen Rahmen ab. Darum werden im Arbeitszeitgesetz Höchstgrenzen festgeschrieben. Für Tarifverhandlungen über die Verkürzung von Wochenarbeitszeiten sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen jedoch denkbar schlecht, denn das Arbeitszeitgesetz aus dem Jahre 1994 erlaubt die 60-Stunden-Woche mit einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden innerhalb eines halbjährlichen Ausgleichszeitraumes. Ein neugefaßtes Arbeitszeitgesetz ist notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer, rechtlich geschützter Arbeitsplätze zu verbessern. Ein Arbeitszeitgesetz, dessen ausgewiesenes Ziel es ist, dazu beizutragen, die vorhandene Arbeit umzuverteilen, wäre nicht das einzige, aber ein entscheidendes Instrument im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Viele Fachleute sind sich einig: Wir brauchen eine Politik der konsequenten Arbeitszeitverkürzung.

Unsere Nachbarn machen es vor. Frankreich und Italien werden die 35-Stunden-Woche bald gesetzlich einführen. Deutschland wäre also nicht isoliert, wenn es seine Verantwortung für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit wahrnehme. Und diese Verantwortung ist groß: Nach vorsichtigen Schätzungen würde die 35-Stunden-Woche

bzw. eine Jahresarbeitszeit von maximal 1.540 Stunden in der Bundesrepublik mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze entstehen lassen, davon allein im Öffentlichen Dienst 130.000. Und: Durch die von der PDS vorgeschlagene Angleichung der Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland könnten 134.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Sofort bis zu 600.000 Arbeitsplätze durch Abbau der Überstunden: Eine Sofortmaßnahme gegen die Massenarbeitslosigkeit ist der drastische Überstundenabbau. Überstunden zu reduzieren fordert selbst der Bundeskanzler, ohne jedoch irgendetwas zu tun. Rund 1,8 Milliarden Überstunden pro Jahr entsprechen rechnerisch 1,17 Millionen Arbeitsplätzen. Darum schlägt die PDS vor, die heute geleisteten Überstunden radikal einzuschränken. Wenn - durchaus realistisch - nur die Hälfte der jährlich geleisteten bezahlten Überstunden in neue Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt würden, gäbe es bis zu 600.000 Arbeitsplätze mehr. Dabei sind die unbezahlten Überstunden noch nicht einmal mitgerechnet.

Mittelfristig gilt: 30 Stunden an fünf Tagen sind genug! Um zu verhindern, daß die beschäftigungsschaffenden Potentiale der Arbeitszeitverkürzung durch Produktivitätssteigerungen zunichte gemacht werden, muß die Arbeitszeit in möglichst großen Schritten verkürzt werden, z.B. durch die Einführung der 30-Stunden-Woche. Zurückhaltende Schätzungen gehen von einem tatsächlichen Arbeitsplatzeffekt von 1,9 Millionen Arbeitsplätzen aus, wenn niemand mehr als gut 1.300 Stunden im Jahr arbeitet. Rechnerisch wären es sogar sieben Millionen neuer Arbeitsplätze. Wenn es gelänge, die Arbeitszeit generell um zwanzig Prozent zu verkürzen, hätten alle Menschen, die arbeiten können und wollen, die Chance, einen existenzsi-

chernden Arbeitsplatz zu bekommen. Die PDS unterstützt alle arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen, wenn sie die Zeitsouveränität der Beschäftigten erhöhen oder nicht mindern, aber besonders wichtig ist es, die Wochenarbeitszeit und die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen. Warum? Ein kürzerer Arbeitstag ermöglichte es Frauen und Männern, zu gleichen Teilen an bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit teilzuhaben. Dies spricht dafür, an der Fünf-Tage-Woche festzuhalten; und weil die soziale Funktion des Wochenendes nicht eingeschränkt werden darf, soll in der Regel von Montag bis Freitag gearbeitet werden.

Voller Lohnausgleich ist nötig: Die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten sinken seit Jahren. Deshalb dürfen Arbeitszeitverkürzungen nicht mit finanziellen Einbußen verbunden sein. Auch ökonomische Gründe sprechen für den vollen Lohnausgleich, denn Kaufkraftverluste wären Gift für die schwache Binnennachfrage. Um sicherzustellen, daß ArbeitnehmerInnen mit Jahresnettoeinkommen von 60.000 DM und weniger unabhängig von tariflichen Vereinbarungen weiter ihr volles Einkommen erhalten, will die PDS Arbeitgebern, die die Wochenarbeitszeit um mindestens zehn Prozent verkürzen und mit Neueinstellungen in entsprechendem Umfang verbinden, eine befristete und stufenweise zu regelnde Beihilfe für den Lohnausgleich aus dem Bundeshaushalt gewähren. Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung sind sozial gerecht, denn sie wirken der ungerechten Situation entgegen, in der die einen zu viel arbeiten müssen und die anderen nicht arbeiten dürfen.

Matthias W. Birkwald, Mitarbeiter der Abgeordneten Heidi Knake-Werner (aus dem CL-Netz)

mit Provokationen etwas zurückhalten der geworden. Kein Wunder, das Geschäft brummt, jedenfalls im großen und ganzen. Und in solchen Zeiten ist zunächst mal Ruhe an der Tariffont angefragt. Konflikte oder gar Produktionsausfall durch Streiktage sind nun kontraproduktiv. So sind denn u. a. auch gemeinsame Grundsätze zur Erneuerung der Tarifautonomie verabschiedet worden, die neben dem üblichen Bekenntnis zum Flächentarifvertrag zwei bemerkenswerte Formulierungen enthalten. Erstens wollen beide die Diskussion über die Notwendigkeit von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Tarifautonomie beenden und die Probleme selber lösen. Das trifft beispielsweise die FDP. Sie hat nach den jahrelangen Diskussion um die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne betrieblicher Tarifpolitik ihr Wahlprogramm darauf abgestellt. Dieses Programm ist nunmehr mindestens für die

Metallindustrie ein Muster ohne Wert. Zweitens wollen beide Tarifparteien prüfen, inwieweit industriennahe Dienstleistungsbereiche durch beide Verbände im Sinne von Tariflösungen vertreten werden können. In diesen Bereichen (debis, Siemens-Nixdorf und andere) hat die IG Metall in jüngster Zeit sogenannte Ergänzungstarifverträge abschließen können und bemerkenswerten Mitgliederzuwachs erzielt.

Nur „Phönix“ sorgte für bitteren Nachgeschmack. Unter dem Namen „Phönix“ war im Mai zwischen der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) und den Verbänden der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Tarifvertrag vereinbart worden, der in Konkurrenz zum Flächentarifvertrag mit der IG Metall die Mindestbedingungen weit unterschreitet und sogar ein Streikverbot beinhaltet (wir berichteten). Der IG Metall-Vorsitzende Zwickel ließ dann auch sogleich nach den Spit-

zengesprächen erklären: „Mit Phönix keine neue Partnerschaft“. Die IG Metall-Funktionäre sind gereizt bei diesem Thema, kann doch die sogenannte Christliche Gewerkschaft in Ostdeutschland lediglich 150 Mitglieder vorweisen. Hasso Düwel ist als Bezirksleiter der IG Metall für Brandenburg/Sachsen beauftragt, Gespräche mit den dortigen Arbeitgeberverbänden zu führen, um auszuloten, inwieweit die Arbeitgeber grundsätzlich eine Anpassung der Tarifbedingungen an die westlichen Bundesländer wollen oder nicht. Gegenwärtig erhalten effektiv die Beschäftigten in der ostdeutschen Metallindustrie 82 Prozent der im Westen üblichen Leistungen. Die Arbeitgeber haben bis September Zeit, sich zu erklären. Wenn dies nicht zur Zufriedenheit der IG Metall geschieht, wird der zum Ende des Jahres auslaufende Manteltarifvertrag in den ostdeutschen Bundesländern gekündigt und für den Streik mobilisiert.

(brr)

Kommentar:

Die Neustrukturierung der Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich, die so zügig und optimistisch begann, scheint in eine Krise zu geraten. Am deutlichsten wird dies durch die Aussetzung der Gesprächsbeteiligung durch die GEW, die von vielen als Abbruch gewertet wird. Aber auch in anderen Gewerkschaften regt sich Kritik. So lehnt z.B. der Bezirksvorstand der HBV Berlin den mit der „Politischen Plattform“ eingeschlagenen Weg ab und will die Eigenständigkeit erhalten. Ein entsprechender Antrag an den Gewerk-

schaftstag ist nachfolgend auszugsweise dokumentiert. Kritik kommt ebenfalls aus den Reihen der IG Medien. Beide Gewerkschaften haben vom 24. bis 29. Oktober Gewerkschaftstage. Erst dann wird man wissen, ob der Neustrukturierungsprozeß noch Sinn macht.

Die Gründe für die Kritik und den Ausstieg sind größtenteils die gleichen: Es ist die Angst vor dem Verlust der Eigenständigkeit. Diese Angst haben jedoch überwiegend die Funktionäre der Gewerkschaften. Bei den Mitgliedern hängt die Zustimmung oder Ablehnung je nach Branche und Bereich mit den vor Ort gemachten Erfahrungen ab. Hier sind es

eher Ressentiments hinsichtlich inhaltlicher, tarifpolitischer Positionierungen, die beispielsweise gegenüber der DAG bestehen, denn Fragen, ob die Eigenständigkeit bei Finanzen u.a. aufgegeben werden.

Die HBV Berlin schlägt statt Zusammenschluß zur „Mega“-Dienstleistungsgewerkschaft die Bildung von „joint ventures“, von Tarifgemeinschaften sowie örtlichen und regionalen Gewerkschaftsverbänden vor. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen. Warum sollte eine solche „pragmatische“ Zusammenarbeit jedoch jetzt plötzlich funktionieren, wo sie bisher nicht zustandekam? Auf die vielen

Im Vorfeld des HBV-Gewerkschaftstages im Oktober:

Streit um Dienstleistungsgewerkschaft

Dokumente

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

I. Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV begrüßt die Bemühungen um eine Neustrukturierung der Gewerkschaften in traditionellen, in neuen sowie in industrienahen Dienstleistungsbereichen und bekräftigt die formulierten Ziele hinsichtlich – einer Erhöhung der tarifpolitischen Durchsetzungsfähigkeit durch Bündelung von Kampfkraft, – einer besseren Bewältigung neuer Anforderungen durch Veränderungen in der Arbeitswelt, – einer Stärkung ehrenamtlicher Strukturen, – einer weitestgehenden Dezentralisierung der Willensbildung, der Entscheidungsbefugnisse und der Verantwortlichkeit für die Umsetzung von Entscheidungen sowie dem Einsatz von Ressourcen, – einer besseren, gemeinsamen Nutzung von Ressourcen, – einer Minimierung der gewerkschaftlichen Konkurrenz um Organisationsbereiche und Mitgliederbeiträge.

II. Der Gewerkschaftstag begrüßt insbesondere, daß Wege zur Aufhebung der gegensätzlichen Eigeninteressen von Einzelgewerkschaften sowie zur Behebung von gewerkschaftspolitischen Defiziten des DGB gesucht werden, um den DGB zu befähigen, künftig seinen Funktionen als gemeinsamer Dachverband, gemeinsame Serviceeinrichtung und vor allem als durchsetzungsfähige Clearingstelle für Konflikte zwischen Einzelgewerkschaften gerecht zu werden. Deshalb beauftragt der Gewerkschaftstag den Hauptvorstand und den Gewerkschaftsausschuß, zusätzlich auch Gespräche mit allen Industriegewerkschaften über neue Formen der Zusammenarbeit bei einer Interessenvertretung im industrienahen Dienstleistungsbereich mit dem Ziel zu führen, Projekte von gemeinsamem Nutzen zu vereinbaren und durchzuführen.

III. Der Gewerkschaftstag der Gewerk-

schaft HBV lehnt jedoch den mit der „Politischen Plattform“ eingeschlagenen Weg der Neustrukturierung ab. Die unmittelbare Bildung einer „Mega“-Dienstleistungsgewerkschaft mit einer einheitlichen Mitgliedschaft sowie der vereinbarte undemokratische Zeitplan sind nicht geeignet, die angestrebten Ziele zu erreichen und eine bessere Vertretung der Mitgliederinteressen zu gewährleisten.

IV. Daher bekräftigt der Gewerkschaftstag, daß die Eigenständigkeit der Gewerkschaft HBV solange erhalten bleibt, bis demokratisch legitimierte Strukturen auf allen Organisationsebenen einer neuen Dienstleistungsgewerkschaft ihre gesellschafts-, tarif-, betriebs- und gewerkschaftspolitische Überlegenheit bewiesen haben.

V. Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV beauftragt den Hauptvorstand, den Gewerkschaftsausschuß sowie die Landesbezirksvorstände mit allen kooperationsbereiten Einzelgewerkschaften

1) die Gründung von „joint ventures“ für jene Wirtschaftsbereiche zu initiieren und im Einvernehmen mit den Fachgruppen auf allen Organisationsebenen durchzuführen, in denen die faktischen Organisationsbereiche der kooperierenden Gewerkschaften Schnittstellen aufweisen und/oder in denen die Vergütung sowie die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten tarifvertraglich nicht oder nur unzureichend geregelt sind.

Diesen „Tochtergewerkschaften“ sind bis auf weiteres tarifrechtliche Kompetenzen, Mitgliederbestände, Personal und Sachmittel zu übertragen. Mit dem Beitritt wird zugleich die Mitgliedschaft in einer „Muttergewerkschaft“ erworben. Eine Anschubfinanzierung für einen definierten Zeitraum ist zuzusichern;

2) die Bildung von Tarifgemeinschaften für gemeinsame, bundesweite wie regionale Tarifbereiche zu initiieren und im

Einvernehmen mit den jeweiligen Fachgruppen durchzuführen;

3) die Bildung von örtlichen und regionalen Gewerkschaftsverbänden zu initiieren und zu fördern, und die materiellen Bedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung durch gemeinsame Nutzung von Verwaltungspersonal, Gebäuden, technische Ausrüstungen sowie einem gewerkschaftsübergreifenden Einsatz von SekretärInnen zu verbessern.

VI. Der Gewerkschaftstag verpflichtet die Orts-, Bezirks- und Landesbezirksvorstände, die Hauptfachabteilungen sowie den Hauptvorstand unverzüglich im Sinne der Beschlußpunkte II - V, tätig zu werden, Budgetmittel aus dem „Umbautopf“ zur Verfügung zu stellen und dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig über eingeleitete Aktivitäten, deren Ziele und Ergebnisse Bericht zu erstatten. Dem Gewerkschaftsausschuß obliegt, diese Prozesse gem. § 38 Ziffer 6 b der Satzung zu überwachen.

Begründung:

1. Die „Politische Plattform“ stellt einen Aufriß von Tendenzen und Problemen der Entwicklung von Gewerkschaften im vergangenen Jahrzehnt dar. Sie ignoriert jedoch die Ursachen für diese negative Entwicklung. Deshalb bleibt völlig im Dunkeln, ob eine große Dienstleistungsgewerkschaft die in der Plattform verkündeten Ziele überhaupt erreichen kann. Die Entscheidung über den Beginn eines Prozesses der Selbstauflösung von HBV soll vielmehr auf der Grundlage von Spekulationen und Wünschen getroffen werden.

Mit der „Politischen Plattform“ wird die allgemeine Überzeugung verfochten, daß die gegenwärtigen Strukturen der Gewerkschaften, die Gremien und Formen also, in denen wir hauptamtliche wie ehrenamtliche Mitglieder in Betrieben und im gewerkschaftlichen Raum zusammenarbeiten, unsere Zuständigkeiten,

Fragen im HBV-Antrag, warum und weshalb wurde nicht schon früher ..., werden keine Antworten gegeben.

Große Sorgen macht der Ausstieg der GEW. Der Beschluß, sich nicht weiter an den Gesprächen zu beteiligen, ist vor allem auf den Druck des Lehrerbereichs zurückzuführen, der innerhalb der GEW mit Abstand am mitgliederstärksten ist. Die Lehrer befürchten, in einer solch großen Gewerkschaft als einheitlicher Block unterzugehen, während sich andere GEW-Teile, wie z.B. die Bereiche Hochschule und Wissenschaft sowie Sozialpädagogik eher Vorteile gemeinsamen Arbeitens versprochen haben. Die

hochgesteckten Bedingungen (wir haben darüber berichtet) der GEW sah diese in den vorliegenden, zur Diskussion stehenden Strukturen für eine neue Gewerkschaft nicht erfüllt. Ob diese Einschätzung richtig ist oder nur Vorwand ist, mag dahingestellt sein. Zu befürchten steht allerdings, daß die GEW mit der Entscheidung, lieber klein und eigenständig und beamtendominiert zu bleiben, sich vom DGB weg und hin zur ständischen Gewerkschaft entwickelt. (Manch einer sieht sie bereits beim Beamtenbund landen.) Hilferufe von GEW-Mitgliedern, das verhindern zu helfen, wurden schon gehört.

Bei aller Kritik und vielleicht auch etwas Häme gegenüber dem Gesagten, müssen die Befürchtungen seitens der Funktionäre und Mitglieder ernstgenommen werden. Bisher wird seitens des Lenkungsausschusses (besetzt mit den jeweiligen Vorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften) - aus nicht wirklich transparenten Gründen - weiterhin zeitlicher Druck gemacht. Eine Beteiligung der Mitglieder an der Basis ist faktisch nicht möglich. Deshalb befürchten z.B. immer mehr ehrenamtliche Funktionäre in der ÖTV Berlin, daß es ein „böses Erwachen“ geben könnte.

(har)

Befugnisse und Arbeitsergebnisse, unzureichend und deshalb verantwortlich für die Misere der Gewerkschaften seien.

Nicht nachvollziehbar ist insbesondere, aus welchen Gründen tiefgreifende Verbesserungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nur durch eine Verschmelzung von Einzelgewerkschaften zu erreichen ist: (...)

Die Ursächlichkeit der gegenwärtigen Gewerkschaftsstrukturen für die Defizite und Mißstände der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wird pauschal behauptet aber nicht konkret belegt. In dieser Allgemeinheit ist diese Ansicht auch falsch.

Erst durch die konkrete Benennung der Ursachen gegen derartiger Mißstände können die Anforderungen an neue gewerkschaftliche Organisationsstrukturen präzisiert und Kriterien zur Bewertung der Erfolgsaussichten einer Verschmelzung von 6 Einzelgewerkschaften entwickelt werden. Wer die Benennung der Ursachen gegenwärtiger Mißstände unterläßt, läuft Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. (...)

2. (...)

3. (...) Eine Gleichberechtigung der Gründungsgewerkschaften wird zwar proklamiert, sie kann gewünscht aber nicht ernsthaft erwartet werden. Mit 1,6 Mio. Mitgliedern verfügt die ÖTV über einen größeren Mitgliederbestand als alle anderen Mitgliedergewerkschaften zusammengenommen. Bei halbwegs demokratischen Entscheidungsstrukturen in einer Dienstleistungsgewerkschaft müssen Problemwahrnehmungen und Lösungsansätze aus diesem gewerkschaftlichen Milieu vorherrschend werden, weil aus diesem Bereich die Mehrzahl der Delegierten, Funktions- und Mandatsträger kommen wird. Andere organisationspolitische Sichtweisen und Interessenschwerpunkte laufen somit stets Gefahr, überstimmt zu werden.

Da aus dem Bereich der ÖTV das höchste, wenn auch sinkende Beitragsaufkommen erlöst wird, verfügen die Vertreter dieses Bereichs auch über günstige Durchsetzungsbedingungen für

ihre Strukturvorstellungen.

Andere Organisationsbereiche mit niedrigeren Mitgliederbeständen, geringem Beitragsaufkommen und noch unzureichender Personal- und Sachausstattung wird hingegen tendenziell die Durchsetzungsmacht fehlen, um bessere Bedingungen für ihre Gewerkschaftsarbeit zu erreichen. Diese müssen eine stärkere Zentralisierung der Meinungsbildung und der Entscheidungsbefugnisse auf der Ebene von Hauptvorständen und damit großer Mitgliederferne organisieren.

Presseinformation der GEW v. 11.7.1998

„Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat beschlossen, ihre Beteiligung an den Gesprächen zur Neustrukturierung der Gewerkschaften im Bereich der öffentlichen und privaten Dienste, Bildung und Kultur auszusetzen.

Diesen Beschluß haben der Geschäftsführende Vorstand und die Vorsitzenden der 16 Landesverbände der Bildungsgewerkschaft auf einer Klausurtagung am 9./10. Juli 1998 in Dresden gefasst.

Die endgültige Entscheidung soll auf einer außerordentlichen Sitzung des GEW-Hauptvorstandes am 25./26. September getroffen werden. Ein bereits beschlossener außerordentlicher Gewerkschaftstag Ende des Jahres soll die Weichen für die Reform der Bildungsgewerkschaft stellen. ... Anlaß für den Beschluß des GEW-Vorstandes sind Befürchtungen bei einer wachsenden Zahl von Funktionären und Landesgremien, in einer neuen Gesamtorganisation an Eigenständigkeit zu verlieren.

Die GEW hat das Ziel verfolgt, eine weitgehend eigenständige Fachgewerkschaft im Rahmen der neu entstehenden Organisation aufbauen zu können. Dies läßt sich, so der Diskussionsstand im großen Teilen der GEW, aufgrund einer jetzt vorliegenden „Ideenskizze“ zur künftigen Struktur der neuen Gewerkschaft, nicht mehr im erwarteten Umfang realisieren.

Ungeachtet der Entscheidung will die GEW jedoch die enge Kooperation mit den beteiligten DGB-Gewerkschaften und der DAG, insbesondere in Fragen der Bildungs- und Tarifpolitik, fortsetzen.“

ren. Wer zuwenig Mitglieder, zuwenig Geld und zuwenig Durchsetzungsmacht zu beklagen hat, der kann seinen Interessen nur noch mit der Androhung einer Zustimmungsverweigerung Nachdruck verleihen. Hierfür muß er das Recht haben und in der Lage sein, „Nein“ sagen zu können. (...)

4. Eine grundsätzliche Zustimmung zum Beginn der Selbstaflösung von HBV und ihre Verschmelzung mit 6 anderen Einzelgewerkschaften erfordert außerdem und vor allem höchstmögliche Klarheit darüber, - ob die in der „Politischen Plattform“ niedergelegten Ansprüche an eine Dienstleistungsgewerkschaft mit den gemeinsamen, auf unabsehbare Zeit weiter schrumpfenden Beitragseinnahmen finanziert werden können; - wieviel Dienstleistungsgewerkschaft gegebenenfalls mittelfristig mit den zu erwartenden Beitragseinnahmen finanziert werden können; - ob das anderen Gewerkschaften unterstellte Vermögen ausreichen würde, den Aufbau einer großen Dienstleistungsgewerkschaft zu finanzieren; - ob dieses Vermögen, falls es denn existiert, überhaupt für die Finanzierung des Aufbaus der Dienstleistungsgewerkschaft bereitgestellt werden und ggf. zu welchen Konditionen verfügbar sein wird; - welche Auswirkungen die eventuelle Bereitstellung von Vermögen auf die angestrebte Gleichberechtigung der Gründungsgewerkschaften haben wird, da die Erfahrung lehrt: Wer das Geld hat, hat die Macht - Wer die Macht hat, hat das Geld; - nach welchen Regeln die erlösten Beitragseinnahmen auf die einzelnen Organisationsbereiche, Regionen und Standorte der Dienstleistungsgewerkschaft verteilt werden soll und in welchem Umfang dort mittelfristig Personal- und Sachmittel bereitstehen wird; - Nach welchen Regeln die Personal- und Sachmittelausstattung der jeweiligen Organisationsbereiche, Regionen und Standorte an die insgesamt schrumpfenden Beitragseinnahmen angepaßt werden wird. (...)

(Antrag aus CL-Netz)

Kein Ende der Krise

Die PDS Hamburg hat inzwischen sieben Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl und drei Direktkandidaten gewählt (s.a. PB 13, S. 22), hat sich jedoch mit Einwendungen gegen die Liste und der Androhung einer Klage auseinandergesetzt. Vorgebracht werden die Einwendungen von einer Gruppierung, die erst in den letzten Wochen und Monaten in der PDS auftrat. Der gesamte Vorgang ist dunkel und in jeder Hinsicht unerquicklich.

Äußerst knapp zusammengefaßt: Zunächst meldete sich im Februar ein Peter Alexander von der Marwitz von der PDS Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg um, um alsbald persönlich und durch die Presse seinen Anspruch auf Listenplatz 1 und die Direktkandidatur in Harburg anzumelden. In gut einem Vierteljahr warb er über 60 Mitglieder an, ohne daß eine entsprechende politische Tätigkeit erkennbar wurde, bildete ohne Einhaltung der statutarischen Bestimmungen einen „Kreisverband“ und machte mit privaten Mitteln eine „Kreishandelsstelle“ auf. Der Versuch, die Spaltung im Landesverband auszunutzen, um die „Spitzenkandidatur“ durchzusetzen, scheiterte, da der Kandidat in den verschiedenen Strömungen fast keine Unterstützung fand. Die Liste der „Bedenken“, die die Gruppierung nun gegenüber dem Landeswahlleiter anmeldet, ist lang. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß die Mitglieder, die jetzt über Monate zurückreichend die Verletzung ihrer Rechte geltend machen, in der ganzen Zeit zwar mehrfach mit dem Gericht gedroht, aber nicht einen einzigen Versuch gemacht haben, die behauptete Verletzung auf dem innerparteilichen Weg abzustellen, den das Statut vorsieht, sondern stattdessen nun die Landesliste anfechten. Immerhin hat die PDS bei der letzten Bundestagswahl in Hamburg über 20.000 Stimmen erhalten, die am Ende genau für den Wiedereinzug der PDS fehlen könnten.

Angesichts dessen gibt es, wie leicht vorstellbar, über die treibenden Motive eine Reihe von Gerüchten und Spekulationen. Das Problem wird dadurch noch erheblich verschärft, daß die Befürchtung, die PDS Hamburg solle zum Spielball undurchsichtiger Interessen gemacht werden, den Arbeitsausschuß zu gravierenden politischen Fehlern verleitet hat.

Unter denjenigen, die von der Gruppe um von der Marwitz für den Eintritt in die PDS geworben wurden, sind auch Menschen türkischer Herkunft. Nun ist in Hamburg wie andernorts festzustellen, daß das Interesse von Migrantinnen und Migranten an der PDS, gerade auch unter der türkischen und kurdischen Bevölkerungsgruppe, enorm zunimmt. Statt jedoch das Interesse der Eintrittswilligen aufzuklären, statt Vorschläge zu machen oder sich auch nur dafür zu interessieren,

ob und wie die Entwicklung interkultureller Zusammenarbeit möglich ist, ließ sich der Arbeitsausschuß von Anfang an von dem durch nichts bewiesenen Verdacht leiten, bei den türkischen Eintrittswilligen handele es sich um „Graue Wölfe“, die es – folgerichtig – zu „entlarven“ gelte. Dazu diente eine Kurdistan-Resolution, die auf einer der letzten Mitgliederversammlungen vor der Tagesordnung behandelt werden sollte – es war dies bezeichnenderweise das erste Mal, daß sich eine Landesversammlung der PDS mit einer Kurdistan-Resolution befassen sollte – und mit der nach Auffassung von Anwesenden erreicht werden sollte, die türkischen Migranten zu nationalistischen Äußerungen zu provozieren, was teilweise gelang. Berichtet werden muß überdies, daß die türkischen Migrantinnen und Migranten nicht nur als „Graue Wölfe“ verdächtigt, sondern auf dieser wie auf der vorherigen Mitgliederversammlung fotografiert wurden. Daß kurdische Migranten, die während der Versammlungen zufällig zum Versammlungsort kamen, ausdrücklich vor „den Türken“ und davor, daß diese sie bei der Polizei denunzieren könnten, „gewarnt“ wurden, wodurch die türkischen Migranten wiederum den Eindruck erhielten, sie sollten „der PKK“ als „Graue Wölfe“ serviert werden. Im Ergebnis ist eine Situation entstanden, in der türkische Migranten vor kurdischen Migranten und kurdische Migranten vor türkischen Migranten Angst haben, eine Situation, die Dritte reizt, eskalierend einzugreifen, wie jeder wissen kann, der eine politische Lösung der Kurdenfrage unterstützt und deshalb alle Bestrebungen bekämpft, die Kurdenfrage auch nur im Ansatz als Konflikt zwischen „Türken und Kurden“ zu behandeln.

Deshalb ist es auch unmöglich, daß man die Vorgänge in der PDS Hamburg auf sich beruhen läßt. Die politische und rechtliche Auseinandersetzung mit der Gruppierung, die die Liste anfechtet, ist eine Sache. Die andere ist die Unterstützung der politischen Lösung der Kurdenfrage auch durch die PDS Hamburg; dabei kann es weder nach der einen Seite – der Kritik der Politik der BRD und der Türkischen Republik – noch nach der anderen Seite – zu verhindern, daß der Konflikt als Konflikt zwischen „Türken und Kurden“ geschürt wird – irgendwelche Abstriche geben. Nach dem voraussichtlichen Scheitern der Anfechtung bietet der Kampf für die Unterstützung der Petitionskampagne „Dialog statt Verbot. Für die Aufhebung des PKK-Verbots“ die Chance, die politischen Verhältnisse zu klären und Solidarität gegen die Kurdenverfolgung zu entwickeln. Für das Abschneiden der Landesliste bei der Wahl wird es bedeutsam sein, ob es der PDS Hamburg doch noch glückt, das in der türkischen und kurdischen Bevölkerungsgruppe spürbare Interesse an einer sozialistischen Partei aufzugreifen; der Wahlkampf bietet dafür reichlich Anlaß.

Abschiebung wegen Straftaten ist Ausbürgerung

Der „Fall Mehmet“ hat bundesweites Aufsehen erregt. Beinahe schlagartig hat sich der rechts-extreme Gedanke: Raus damit! einer ganzen Bevölkerung bemächtigt. Der Vertrauensschwund durch die überwältigende Zustimmung der deutschsprachigen Bevölkerung zu einer Aktion, die die zugewanderten Mitbürger existentiell bedroht, wird jahrelang nachwirken. In der AG Interkulturelle Solidarität in und bei der PDS München, in der v.a. kurdische, türkische und deutsche Linke zusammenarbeiten, haben wir über Gründe und Auswege gesprochen.

Zuerst noch mal zum Fall M., München. Ein junger Mensch wird „auffällig“, begeht, noch strafunmündig, viele Straftaten. Der rechtsextreme zwischen CSU und Brunners „Bund“ stehende Kreisverwaltungsreferent betreibt die Abschiebung des in der BRD Geborenen samt Eltern. Die Öffentlichkeit ist empört. Das Jugendamt versucht eine Sondermaßnahme. Aber M., inzwischen 14, gerät wieder in Konflikt mit dem Gesetz. Nun kippt die öffentliche Meinung um. Als erstes der Oberbürgermeister Ude, SPD, der nun die Abschiebung des M. befürwortet. Als nächstes diLorenzo, SZ-Journalist und Initiator der berühmten Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit. Er denkt sich in der SZ Fälle aus, in denen Abschiebung Jugendlicher zu rechtfertigen wäre. Schließlich noch der leitende Staatsanwalt Wick. Er will, um die Abschiebung nicht zu gefährden, auf weitere Ermittlungen verzichten.

In der Münchner Linken geht die Diskussion zäh. Der Ärger v.a. über den umfallenden Oberbürgermeister ist das eine, das andere aber die bittere Erfahrung mit dem Umschwung der öffentlichen Meinung, denn plötzlich scheinen – nach Umfragen und persönlichem Eindruck – über 90% der Bevölkerung für die Abschiebepolitik zu sein. Die gängigen Ge-

Maßnahmen

- Die Faulen werden geschlachtet
- die Welt wird fleißig
- Die Häßlichen werden geschlachtet
- die Welt wird schön
- Die Narren werden geschlachtet
- die Welt wird weise
- Die Kranken werden geschlachtet
- die Welt wird gesund
- Die Traurigen werden geschlachtet
- die Welt wird lustig
- Die Alten werden geschlachtet
- die Welt wird jung
- Die Feinde werden geschlachtet
- die Welt wird freundlich
- Die Bösen werden geschlachtet
- die Welt wird gut

Erich Fried

scc

genargumente wollen nicht greifen. Es folgen Aspekte aus unserer Diskussion.

Die Rechtsverschiebung der öffentlichen Meinung, die hier gelungen ist, hat eine Vorgeschichte in der Meinungsbildung. Es ist ein Drama in drei Akten. Akt 1: Deutsche und Ausländer konkurrieren um Arbeitsplätze. Ausländer raus! Akt 2: Hamburger Voscherau-Wahlkampf. Die Anständigen sind nicht mehr sicher. Kriminelle leben auf Deine Kosten. Der Staat muß einschreiten! Akt 3: Die Jugend. Es gibt sie noch, leistungswillig und -fähig und zu fördern. Aber, es gibt auch das „junge Monster“, an dem Hopfen und Malz verschwendet ist. Als es im Fall M. gelang, ein ausländisches, kriminelles junges Monster zu kreieren, überlagerten sich die durch eine breite Reklame in die öffentliche Meinung eingearbeiteten Vorurteile. Der SPD-Bürgermeister, der linksliberale Journalist, der konservative Staatsanwalt formieren sich zum Mob. Die öffentliche Meinung folgt ihnen. Aber gerade sie, die Geschäftsträger der Gesellschaft, handeln gegen besseres Wissen. Der Oberbürgermeister, weil er wissen kann und muß, daß die Abschiebung kein Mittel der Ordnungspolitik sein kann. Die Abschiebung Ansässiger ist den Tatsachen nach eine menschenrechtlich geächtete Ausbürgerung. Ein Bürgermeister, der Probleme in der Stadt durch Ausbürgerung von Einwohnern lösen wollte, wird zum gefährlichen Bürgerschreck.

Der Journalist lernt, Ereignisse, über die zu berichten ist, als Fälle aufzufassen, in denen verschiedene gesellschaftliche Kräfte aufeinander einwirken. Ein Journalist kann sich nicht darauf einlassen, aus einem komplexen Geschehen eine Komponente herauszugreifen, solches gehört in den Anzeigenteil. Die Verstrickungen des jungen M. sind unbedingt Verstrickungen innerhalb der Gesellschaft der BRD. Wer in der Darstellung von Sachverhalten geübt ist und diesen Tatbestand verschweigt, täuscht die Öffentlichkeit über den Zustand der Gesellschaft. Schließlich der Staatsanwalt. Wenn der Fall M. schon die Öffentlichkeit so bewegt, wie dies unstrittig ist, hat die Öffentlichkeit auch ein starkes Interesse, den genauen Sachverhalt aufgeklärt zu sehen. Ein Staatsanwalt, der die Ermittlungen einstellt, weil der Fall wichtig ist, tritt aus der bürgerlichen Demokratie heraus in die Dunkelzone gewalttätigen Abstrafens.

In unserer Diskussion sind wir dabei geendet, daß klargestellt werden muß, was es für eine bürgerliche Demokratie bedeutet, wenn sie systematisch, aufgrund einer gefestigten Rechtspraxis und einer breit eingehämmerten öffentlichen Meinung, die Abschiebung aus Strafmitel einsetzt. Es ist schon klar, daß diese Entwicklung schleichend geschah. Aber jetzt wäre es an der Zeit, politische Wege zu suchen, um klarzumachen, daß Abschiebung als Mittel der Strafjustiz gegen die Menschenrechte verstößt. maf

Eine Leseempfehlung

Texte von zu lebenslanger Haft Verurteilten

Seit Jahren setzt das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. seinen Schwerpunkte auf die Auseinandersetzungen mit den Auswirkungen des Strafvollzuges und insbesondere mit der lebenslangen Freiheitsstrafe. Unter anderem führte es 1993 und 1994 Anhörungen durch, die auch in zwei Dokumentationen festgehalten sind: 1993 zur Kritik von Konzept, Praxis und Begründung der lebenslangen Freiheitsstrafe, 1994 zum Thema „Staatliches Gewaltmonopol, bürgerliche Sicherheit, lebenslange und zeitige Freiheitsstrafe“. Die Argumente gegen die lebenslange Freiheitsstrafe wurden zum einen in einem Manifest zusammengefaßt, das im Anhang des im Januar erschienenen Buchs „Lebenslänglich. Texte von zu lebenslanger Haft Verurteilten“ abgedruckt ist.

Im Vorwort schreibt die Herausgeber: „Die wissenschaftlich-argumentatorische Auseinandersetzung mit der lebenslangen Freiheitsstrafe versuchen wir nun zu ergänzen, indem wir betroffene Täter und Täterinnen selbst zu Wort kommen lassen. 1996 haben wir mit einem Brief, den wir in entsprechenden Strafanstalten und Gefangenenzeiten veröffentlichten, zu lebenslanger Haft Verurteilte angeregt, ihre Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der geschehenen Tat und den strafrechtlichen Folgen aus persönlicher Sicht aufzuschreiben. Hiermit veröffentlichen wir diese Berichte. Sie machen deutlich, wie schwierig es oft ist, sich mit der eigenen Tat und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Weder der Prozeß noch die Situation im Gefängnis fördern diese notwendige Auseinandersetzung. Im Gegenteil: sie be- oder verhindern dies. Die in diesem Buch versammelten Beiträge bilden insgesamt ein eindringliches, leidenschaftliches Plädoyer für die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Immer wieder taucht in den Berichten der Vergleich mit der Todesstrafe auf Raten auf. Erst nach der Verbüßung von 15 Jahren erfolgt eine Umrechnung der Schuldschwere, wenn diese im Urteil festgestellt wurde, in dann noch zusätzlich zu verbüßende Jahre. Eine Begutachtung wird noch später vorgenommen. Fällt dabei die ‚Gefährlichkeitsprognose‘ zuungunsten des Täters aus, kann beliebig lang weiter vollstreckt werden. So wird die Freiheitsstrafe zu einer unkalulierbaren Strafform, die die Betroffenen an das Kreuz der Perspektivlosigkeit nagelt.“

Steffen Meyer etwa schreibt: „Für mich ist dieses Urteil schlimmer als die Todesstrafe, denn da kommt man irgendwann an die Reihe, und es ist vorbei. Das Urteil LL ist deshalb so grausam, weil es so perspektivlos ist und man sich nichts vorstellen kann, was irgendwie reali-

stisch ist.“ (S. 58) Guido Sawallisch: „Wenn man also schon Begriffe wie ‚humaner Vollzug‘ oder ähnliche Floskeln zur Politik macht und trotzdem nichts unternehmen will, dann halte ich persönlich es für wesentlich humaner, nach dem Urteil eine Kugel verpaßt zu bekommen, anstatt 20 Jahre lang zunächst meinen emotionalen Tod zu erleiden und dann in den sozialen Tod entlassen zu werden, bevor mich der physische Tod letztendlich erlöst.“ (93)

Uwe Zimmermann, der sich Anfang des Jahres in der JVA Lübeck erhängte (s. PB 2/98), betont in seinem Beitrag die Ohnmacht, die, gerade weil kein Strafen feststeht, für zu lebenslanger Haft Verurteilt noch erdrückender ist als für andere Gefangene: „Sie werden wie Spielbälle innerhalb der beteiligten Behörden und Ämter (Staatsanwaltschaft, Vollzugsanstalt, Vollstreckungskammer, Gnadenbehörde, Justizministerium, Vollzugsamt usw.) als Akten und Nummern hin- und hergeschoben. Durch diese Verzögerungstaktik wird der ‚Lebenslängliche‘ systematisch zermürbt und gebrochen. Für mich ist daher die lebenslange Freiheitsstrafe eine von den Justizbehörden gewollte und vom Staat tolerierte Hinrichtung auf Raten, die den ‚Lebenslänglichen‘ entweder schon während der Haftzeit vernichtet oder ihn als willenlose Marionette zum Kriechen in die Gesellschaft entläßt.“

Perspektivlos ist die Situation der ‚Lebenslänglichen‘ nicht nur wegen der unbestimmten Strafdauer. „Zukunftsperspektiven - die gibt es nicht, und die sehe ich auch nicht. Denn bei der Länge der Haft ist die Verdammung zu einem Sozialhilfeempfänger und so zu einem Ausgestoßenen vorprogrammiert,“ so Manfred Nicolai (S. 32).

„Eine Gesellschaft macht sich unfähig zur Reform, wenn sie ihre Probleme, die in ihren Mitgliedern unterschiedlich zum Ausdruck kommen, auslagert und abkapselt. Viel teurer als die ‚normal‘ übersehenen Haftanstalten und der gesamte Strafvollzug sind die Kosten, die eine Gesellschaft täglich bezahlt, wenn sie nicht wahrnimmt, was die Strafen und die Strafformen mit ihr selbst zu tun haben“, schreibt Wolf-Dieter Narr in seinem Nachwort. Wer sich damit auseinandersetzen will, kann aus den hier veröffentlichten Beiträgen der Gefangenen vieles lernen. scc

Lebenslänglich. Texte von zu lebenslanger Haft Verurteilten. Herausgeber und Verleger: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Preis DM 10,-, Bestellungen ausschließlich gegen Vorauszahlung (bitte Verrechnungsscheck beifügen) an: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal

FREIHEIT statt KAPITALISMUS



Waffe der Kritik
Kalashnikov
Magazin für Wissenschaft und Gesellschaftskritik

Jetzt - Neu !!

ABO oder Probeheft (10,-DM) bestellen!

Kalschnikow
- Redaktion -
c/o Berliner MieterGemeinschaft
Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165
D-10117 Berlin

ISSN 1435-3121

E-mail:
Pribnow@students.go-on.net

Internetadresse
http://www.kalschnikow.partisan.next

Jetzt - Neu !!

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

- 15. August: Zentraler Wahlkampfauftakt der PDS-Westverbände in Köln
- 28. August: CSU-Parteitag in München
- 29.8. FDP-Parteitag in Bonn soll Wahlauftrag beschließen
- 13. September: Landtagswahl in Bayern
- 14./17. September: Ordentlicher Bundeskongress Gewerkschaft der Polizei
- 21. bis 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda
- 27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg
- GEÄNDERT:** 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln
- 11. Oktober a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

- 16. Oktober: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin
- 23. bis 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn
- 24.-29. Oktober: Gewerkschaftstag HBV in Bremen und IG Medien in Würzburg
- 11.-6. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG
- 9.-13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg
- 27. bis 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden
- 29. bis 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn
- 7.2.99 Landtagswahlen in Hessen
- 13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des "Forums" in Köln
- 23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten
- Juni 1999 Europawahlen

Bablabla

Danke, Herr Bundeskanzler!

Wir bieten detailliertere Antworten auf dringende Umweltfragen.

ROBIN WOOD GUTSCHEIN für ein Probeexemplar des ROBIN WOOD-Magazins, einsenden an: RobinWood e.V. Postfach 102122 28201 Bremen